Bürger*innenbrief

18. September 2024

Abgeordnete der Fraktion
in der Hamburgischen
Bürgerschaft

Die Linke

Friedensdemo +++ Volksinitiative G9 an den Gymnasien +++ Neue Schulstrukturdebatte +++ Kitastrophe +++ Verdrehungen in der Hamburger Wohnungspolitik +++ Der »Fußball-Polizeikosten-Fonds« +++ Turmbau zu Hamburg +++ Der Praktikant +++ Neuaufbruch bei der LINKEN?! +++ Kulturtipp: »Sold City«

Die Schule hat wieder begonnen, hier der Eingangsbereich der Heinrich-Wolgast-Schule mit Ergebnissen des Kunstprojekts »Kandinskys vielfältige Formen« der Vorschulklassen (Foto: M. Joho)

Liebe Leserinnen und Leser,

die Landtagswahlen in Sachsen und Thüringen am 1. September haben wir alle noch nicht verdaut: die in großen Teilen dort als rechtsextremistisch eingestufte AfD wurde mit 32,8 % in Thüringen mit Abstand die stärkste Kraft (CDU 23,6 %) und lag mit 30,6 % in Sachsen nur knapp hinter der CDU (31,9 %). Die in diesen beiden Ländern ehemals starke LINKE dagegen weit abgeschlagen. In Thüringen, wo sie in den vergangenen Jahren mit Bodo Ramelow den Ministerpräsidenten stellte, kommt sie immerhin noch auf 13,1 %, in Sachsen dagegen lediglich auf 4,5 % und rückt nur dank zweier Direktmandate erneut in den Landtag ein.

Wir machen uns große Sorgen über den Bewusstseinsstand etlicher Wähler*innen und den Fortbestand der Demokratie, wenn ein Faschist wie Björn Höcke nahezu ein Drittel der Wähler*innenstimmen einfährt. Und wir stellen uns die Frage, welche Auswirkungen diese katastrophalen Ergebnisse zunächst auf die Bürgerschaftswahl in Hamburg am 2. März 2025 und dann auch auf die Bundestagswahl am 28. September 2025 haben werden. Wird unsere Gesellschaft aus ihren Grundfesten gehoben, nicht etwa um soziale Veränderungen im Interesse der Mehrheit der Menschen auf den Weg zu bringen, sondern vielmehr um antidemokratische,

Heike Sudmann (Tel. 040/428 312 250 | heike.sudmann@linksfraktion-hamburg.de) | Sabine Boeddinghaus (040/303 948 74 | sabine.boeddinghaus@linksfraktion-hamburg.de) | Mitglieder der Hamburgischen Bürgerschaft | Rathausmarkt 1 | 20095 Hamburg

rassistische Allmachtsfantasien zu realisieren? Was können und was müssen wir tun – die demokratische Gesellschaft, die außerparlamentarische Bewegung und natürlich gerade auch DIE LINKE, um das Ruder herumzureißen? Darüber müssen wir reden.

Als LINKE macht uns noch etwas anderes zu schaffen: der kometenhafte Aufstieg des »Bündnisses Sahra Wagenknecht« (BSW), zumindest im Osten der Republik: auf Anhieb 15,8 % in Thüringen und 11,8 % in Sachsen. Der linke Schriftsteller und Politikwissenschaftler Raul Zelik hatte in der Zeitschrift »Ossietzky« schon mit Blick auf die EU-Wahl am 9. Juni festgestellt, dass »die Zahlen eine eindeutige Sprache« sprechen: »Die Gründung des Bündnisses Sahra Wagenknecht hat nicht der AfD geschadet, die bei den EU-Wahlen in Sachsen auf fast 38 Prozent, in Thüringen auf 31 Prozent kommt, wohl aber die LINKE halbiert«.[1] Bisher haben wir uns in Hamburg mit dem BSW inhaltlich kaum auseinandersetzen können, denn es gibt weder einen Landesverband noch inhaltliche Statements zu Fragen der Stadtgesellschaft. Wagenknecht, so Raul Zelik weiter, »befeuert die Entsolidarisierung, indem sie rassistische und antifeministische Ressentiments unwidersprochen lässt [...]. Das BSW stimmt fast immer mit ein, wenn die bürgerliche Gesellschaft an der Entmenschlichungsschraube dreht: Grenzschließung, Solidarität nur für Einheimische, Sanktionen gegen vermeintlich Arbeitsscheue, Stärkung der Polizei (zur Elendskontrolle)«. Joachim Bischoff und Gerd Siebecke führen in der September-Ausgabe der Zeitschrift »Sozialismus« einige Belege dafür an, dass zwar in der Sozialpolitik deutliche Unterschiede zwischen der AfD und dem BSW bestehen, aber auch viele identische Positionen vertreten würden. Nur zwei, drei Beispiele: »AfD und BSW«, so das Autorenduo, »sind strikt gegen fast jegliche Maßnahmen zum Klimaschutz. Sie leugnen entweder den von Menschen gemachten Klimawandel oder sehen zumindest kaum eine Notwendigkeit für Maßnahmen, die Klima und Umwelt schützen. AfD und BSW stehen neutral oder positiv Atomkraft gegenüber, sind gegen eine schnellere Erhöhung des CO_2-Preises und gegen die stärkere Förderung von Photovoltaik.«[2]

Richtig, es sind vorrangig bundespolitische Themen, die zurzeit solche Schlagzeilen hervorbringen wie »So plant Pistorius die Wehrpflicht-Wende« (»Welt am Sonntag«, vom 12.5.), »Können von einem Wettrüsten sprechen« (»Frankfurter Rundschau«, 18.6.), »Rüstungsexporte auf Rekordhoch« (»Süddeutsche Zeitung«, 1.7.), »Es droht ein Nuklearkrieg in Europa« (»Berliner Zeitung«, 5.9.). Aber Hamburgs Senat zieht da kräftig mit, beispielsweise indem er anlässlich des 69. Geburtstages der Bundeswehr am 12. November eine große Jubelveranstaltung ausrichten will oder etliche Atomtransporte durch die Stadt zulässt, wie ein gutes Dutzend Anfragen der LINKEN herauskristallisiert haben.

Über all das müssen wir reden, gerade in Hamburg, wo nach Brandenburg am 22. September 2024 die nächste bundesdeutsche Landtagswahl in gut fünf Monaten stattfinden wird. Dann wird sich erweisen, ob die Rechtesten in diesem Land bereits bundesweit in einem Höhenflug sind. Oder ob die Dämme in Hamburg höher »gebaut« sind als in vielen anderen Regionen dieses Landes. Was keinesfalls heißen darf, die berechtigte Kritik an diesem »rot«-grünen Senat zu vernachlässigen, denn er ist für die unzureichende Bildungs- und Wohnungspolitik verantwortlich, er ist es, der am 12. November die Bundeswehr feiern und damit dem ganzen Militarisierungsspektakel eine weitere Facette hinzufügen will, er ist es, der die gesamte Wohnungsbaubranche und Bundesministerin Klara Geywitz am 5./6. Dezember zu uns an die Elbe einlädt, um hier auf dem Bau- und Wohnungsgipfel – wenige Wochen vor der Bürgerschaftswahl – noch einmal Stimmung zu machen für die angeblich so famose Wohnungspolitik unter Olaf Scholz und seinem Nachfolger Peter Tschentscher. Eine besser Bildungs-, Jugend-, Sozial-, Wohnungs- und überhaupt Stadtentwicklungspolitik durchzusetzen, ja, zu erkämpfen, das ist der effektivste Beitrag, der zunehmenden Unzufriedenheit der Bevölkerung entgegenzuwirken und damit auch den Rechten und den Rechtesten ein Schnippchen zu schlagen.

Und die folgende Warnung Brechts kann nicht oft genug in Erinnerung gerufen oder vor Augen gebracht werden:

»Denn der Menschheit drohen Kriege, gegen welche die vergangenen wie armselige Versuche sind, und sie werden kommen ohne jeden Zweifel, wenn denen, die sie in aller Öffentlichkeit vorbereiten, nicht die Hände zerschlagen werden.«

Bertolt Brecht, Rede für den Frieden, 1952

Heike Sudmann und Sabine Boeddinghaus
Hanno Plass und Michael Joho

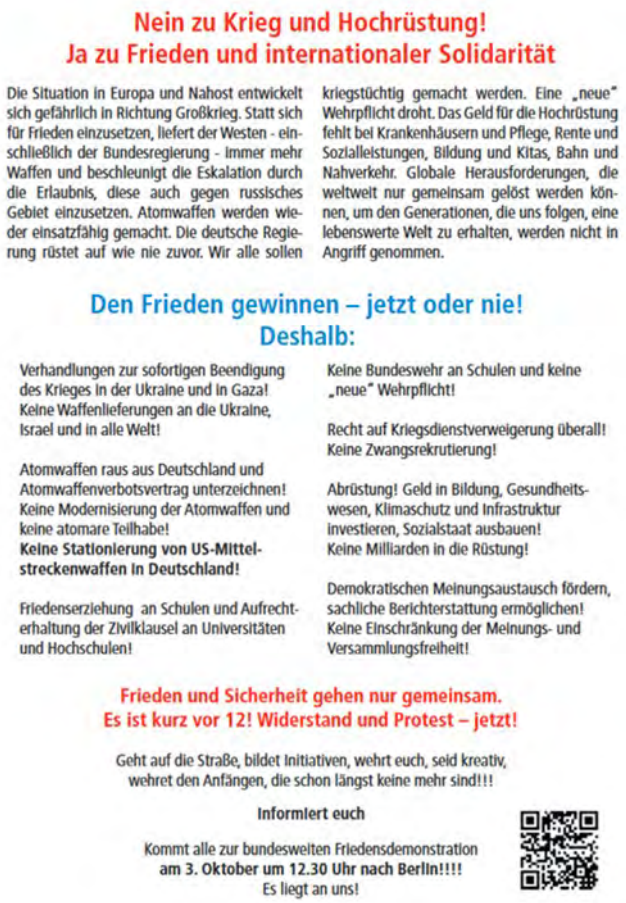
[1] Ossietzky, Nr. 18/2024, vom 7.9.2024, S. 546, im Netz unter: www.ossietzky.net/artikel/das-bsw-kein-buenddnis-gegen-rechts/).

[2] Aus dem Artikel »Die Destruktion des Parteiensystems« in »Sozialismus«, Nr. 9/2025, S. 6, im Netz unter www.sozialismus.de/fileadmin/users/sozialismus/Leseproben/2024/Sozialismus_2024-09_L1_Bischoff-Siebecke_Wahlen.pdf.

Heike Sudmann (Tel. 040/428 312 250 | heike.sudmann@linksfraktion-hamburg.de) | Sabine Boeddinghaus (040/303 948 74 | sabine.boeddinghaus@linksfraktion-hamburg.de) | Mitglieder der Hamburgischen Bürgerschaft | Rathausmarkt 1 | 20095 Hamburg

Friedensdemonstration am 3. Oktober in Berlin

Nach längerem gelingt es wieder, eine weitestgehend gemeinsame Demonstration der bundesdeutschen Friedensbewegung auf die Beine zu stellen. Maßgebliche Organisationen und viele, viele hundert Personen – von Eugen Drewermann bis Günter Verheugen, von Dietmar Bartsch bis Sahra Wagenknecht – haben den Aufruf bereits unterzeichnet. Es gibt auch Kritik an mangelnder Mitwirkungsmöglichkeit beim Aufruf oder der lange Zeit fehlenden Ab- bzw. Ausgrenzung von rechten Kräften, wie die Stellungnahme der DFG-VK zeigt. Der Parteivorstand DIE LINKE im Bund (s. nachfolgenden Text) wie auch der Landesvorstand in Hamburg rufen auf zur Teilnahme an dieser Demonstration. Unter www.busfahrt-frieden.de gibt es Informationen zur gemeinsamen Busfahrt nach Berlin. Wer einen Platz im Bus der Partei haben möchte, setzt einen Haken bei Die Linke in Hamburg fährt mit einem eigenen Bus«.



Nein zu Krieg und Hochrüstung!
Ja zu Frieden und internationaler Solidarität

Die Situation in Europa und Nahost entwickelt sich gefährlich in Richtung Großkrieg. Statt sich für Frieden einzusetzen, liefert der Westen - einschließlich der Bundesregierung - immer mehr Waffen und beschleunigt die Eskalation durch die Erlaubnis, diese auch gegen russisches Gebiet einzusetzen. Atomwaffen werden wieder einsatzfähig gemacht. Die deutsche Regierung rüstet auf wie nie zuvor. Wir alle sollen kriegstüchtig gemacht werden. Eine „neue" Wehrpflicht droht. Das Geld für die Hochrüstung fehlt bei Krankenhäusern und Pflege, Rente und Sozialleistungen, Bildung und Kitas, Bahn und Nahverkehr. Globale Herausforderungen, die weltweit nur gemeinsam gelöst werden können, um den Generationen, die uns folgen, eine lebenswerte Welt zu erhalten, werden nicht in Angriff genommen.

Den Frieden gewinnen – jetzt oder nie!
Deshalb:

Verhandlungen zur sofortigen Beendigung des Krieges in der Ukraine und in Gaza!
Keine Waffenlieferungen an die Ukraine, Israel und in alle Welt!

Atomwaffen raus aus Deutschland und Atomwaffenverbotsvertrag unterzeichnen!
Keine Modernisierung der Atomwaffen und keine atomare Teilhabe!
Keine Stationierung von US-Mittelstreckenwaffen in Deutschland!

Friedenserziehung an Schulen und Aufrechterhaltung der Zivilklausel an Universitäten und Hochschulen!

Keine Bundeswehr an Schulen und keine „neue" Wehrpflicht!

Recht auf Kriegsdienstverweigerung überall!
Keine Zwangsrekrutierung!

Abrüstung! Geld in Bildung, Gesundheitswesen, Klimaschutz und Infrastruktur investieren, Sozialstaat ausbauen!
Keine Milliarden in die Rüstung!

Demokratischen Meinungsaustausch fördern, sachliche Berichterstattung ermöglichen!
Keine Einschränkung der Meinungs- und Versammlungsfreiheit!

Frieden und Sicherheit gehen nur gemeinsam.
Es ist kurz vor 12! Widerstand und Protest – jetzt!

Geht auf die Straße, bildet Initiativen, wehrt euch, seid kreativ, wehret den Anfängen, die schon längst keine mehr sind!!!

Informiert euch

Kommt alle zur bundesweiten Friedensdemonstration
am 3. Oktober um 12.30 Uhr nach Berlin!!!!
Es liegt an uns!

Von der Website der Initiative (https://nie-wieder-krieg.org/2024/09/08/neue-flugblaetter-neue-plakate/)

Der Parteivorstand der LINKEN unterstützt die Demonstration mit dem nachfolgenden Aufruf vom 1. September:

Gegen Eskalation und für Emanzipation: Frieden und Völkerrecht verteidigen

Der Parteivorstand unterstützt die von der Initiative »Nie wieder Krieg – Die Waffen nieder« organisierte Friedensdemonstration am 3. Oktober 2024 in Berlin. Der Parteivorstand ruft alle Gliederungen und Zusammenschlüsse unserer Partei auf, breit zur Teilnahme an dieser Demonstration zu mobilisieren.

Das globale Ringen um Macht und Einfluss hat sich immer weiter zu gespitzt. Nach Jahrzehnten neoliberaler Globalisierung und ihrer Interventionskriege ist die klassische imperiale Staatenkonkurrenz zurückgekehrt. Alte und neue Mächte ringen um Macht und Einfluss. Die Krise des Neoliberalismus brachte in vielen Staaten rechte Regierungen

hervor. Der globale Rechtsruck hat das internationale System noch kriegerischer gemacht. Und eine drohende zweite Präsidentschaft von Donald Trump verspricht keinen Frieden, sondern eine räumliche Verlagerung und Verschärfung der großen Konflikte. Doch die großen existenziellen Menschheitsprobleme können nur gemeinsam angegangen werden.

Und wo sich die Rüstungsspirale des 100 Milliarden-Bundeswehr-Sondervermögens dreht, dort fehlt es nicht nur bei Gesundheit, Sozialem, Bildung und Infrastruktur, sondern auch an Mitteln, den sozial-ökologischen Umbau anzugehen.

Wir fordern:

- Den Respekt aller gegenüber dem Völkerrecht als Voraussetzung für gerechten Frieden und internationale Solidarität.
- Sofortiger bedingungsloser Waffenstillstand in der Ukraine und einen Abzug der russischen Truppen aus der Ukraine.
- Sofortiger bedingungsloser Waffenstillstand im Gaza-Streifen und einen Abzug israelischer Truppen aus dem Gaza-Streifen.
- Nein zur Wehrpflicht und Recht auf Kriegsdienstverweigerung in Deutschland und überall.
- Asyl für Kriegsdienstverweigerer sowie Deserteure aus Russland und der Ukraine.
- Geflüchtete aus Kriegsregionen aufzunehmen.
- Nein zur Hochrüstung und Waffenlieferungen.
- Nein zu Raketenstationierungen, die uns zum potenziellen atomaren Erstschlagziel machen!
- Eine Verhandlungsperspektive, die über die Logik des Siegfriedens hinausreicht und die Spirale der Eskalation durchbricht.
- Eintreten für eine Nachkriegsordnung, die den Bevölkerungen der kriegführenden Staaten gerechte Alternativen bietet. Egal, ob in der Ukraine, Russland, Palästina, Israel oder anderswo.
- Eine solidarische Weltwirtschaftsordnung, die den Menschen und nicht den Konzernen dient.

Wir können die Frage des Friedens nicht der Rechten überlassen: Militarisierung bedroht Grundrechte. Frieden und Emanzipation brauchen einander. Lasst uns gemeinsam zur **Kundgebung am 3. Oktober um 12.30 Uhr in Berlin** gehen und diese Perspektiven einbringen.

Eine abgewürgte Debatte: Zur Volksinitiative G9 an den Gymnasien

Von Sabine Boeddinghaus und Hanno Plass

Die Initiative G9 für Hamburgs Gymnasien hat am 10. September den zweiten Schritt, das Volksbegehren, gestartet und muss nun, um erfolgreich zu sein, binnen drei Wochen 66.000 gültige Unterschriften sammeln. Die Initiative plant per Volksentscheid, parallel zur Bürgerschaftswahl am 2. März 2025, eine Änderung des Hamburgischen Schulgesetzes mit dem Ziel, die Zeit der Oberstufe am Gymnasium von zwei auf drei Jahre zu verlängern. Damit würde die Oberstufe am Gymnasium genauso lang sein wie die Oberstufe der Stadtteilschule (STS).

Die Begründung der Initiative ist, dass der Druck auf Schüler*innen am Gymnasium, besonders durch die Belastungen von Coronapandemie, Krieg und Klimakrise, unter der verkürzten Lernzeit leiden würden. Zudem würden die Hamburger Gymnasiast*innen im Bundesvergleich ungerecht behandelt, seien doch viele Bundesländer mittlerweile zu G9 zurückgekehrt. Zudem enthält der Gesetzesvorschlag der G9-Ini die Wiedereinführung der Möglichkeit der Klassenwiederholung und eine Durchlässigkeit zwischen beiden Schulformen in den Klassenstufen 7 bis 10.

Erhofft hatten wir uns, dass die G9-Ini frischen Wind in die bildungspolitische Diskussion bringen könnte.[1] auch weil

(Foto: pixabay.com)

durch sie der Schulstrukturfrieden kritisiert wird und damit die Kernherausforderungen und die entsprechenden strukturellen und pädagogischen Gegenmaßnahmen zu Druck, Leistungsstress und Überlastung hätten diskutiert werden können.

Doch leider rief die G9-Initiaitve fundamentalen Widerspruch hervor, in den vorgetragenen Argumenten nachvollziehbar, weil die Verlängerung der Oberstufen-Lernzeit am Gymnasium als Angriff auf die Arbeit der STS gesehen wird, aber im Ton leider ohne Bereitschaft zum Diskurs und Ent-

[1] www.die-linke-hamburg.de/index.php?id=&no_cache=1&tx_news_pi1[news]=107406&tx_news_pi1[controller]=News&tx_news_pi1[action]=detail.

wicklungsperspektiven. Natürlich begrüßen wir das energische Eintreten für die STS – dort wird länger gemeinsam gelernt, dort wird pädagogisch differenziert gearbeitet, dort wird die Vielfalt der Fähigkeiten und Bedürfnisse der Schüler*innen wertgeschätzt, dort wird individuell bis zum bestmöglichen Abschluss gefördert – und besonders die richtige Forderung der Schüler*innenkammer nach »einer Schule für alle« erfüllt uns mit großer Zuversicht!

Nichtsdestotrotz sind im Kern alle (nicht nur politische) Parteien in ihren seit Jahren ausgebildeten ideologischen Gräben verblieben. Wer sich für die STS mit all ihren Fähigkeiten und Erfolgen einsetzt, verurteilt die G9-Ini. Diese wiederum erklärt zwar nicht gegen die STS zu sein, doch deren vorgeschlagene Reform des § 42 (5) des Hamburgischen Schulgesetzes beendet nicht die Segregation zwischen den beiden Schulformen, sondern schreibt fort, was bisherige Praxis ist: von welchem/r Schüler*in die Zeugniskonferenz annimmt, das Lernziel (Abitur) nicht erreichen zu können, der*die kann nicht nach Klasse 6, in Klasse 11 oder in einer anderen Jahrgangsstufe das Gymnasium besuchen.

(Foto: pixabay.com)

Weil die Position der LINKEN immer war, dass die Abschaffung der Abschulung nach Klasse 6 vom Gymnasium auf eine STS Voraussetzung für jede Schulreform sein muss, können wir die G9-Ini nicht unterstützen.[2]

Dass die Schüler*innen auch an den Gymnasien unter dem Druck leiden, von Unsicherheiten und Stress geplagt sind, ist unzweifelhaft. Also muss auch etwas geschehen. Die Schulsenatorin hat, unserer Einschätzung nach auch angesichts des möglichen Erfolgs der G9-Ini, erste Erleichterungen für die Gymnasien angekündigt. Es ist sicher nicht falsch, die schriftlichen und mündlichen Prüfungen für den Ersten Allgemeinbildenden Schulabschluss abzuschaffen, zusätzliche Beratungslehrkräfte dauerhaft einzustellen und die schulischen Selbstkonzepte der Schüler*innen zu stärken. Doch solange das Dogma vermeintlich elitärer gymnasialer Bildung, unterschiedliche Kinder und Jugendliche zielgleich zum Abitur treiben zu wollen, solange stoßen die bestgemeinten Absichten an die gläserne Decke von Dünkel und Ab- und Ausgrenzung!

Die schulische Realität ist auch hier schon weiter, als die überholten Denk- und Handlungsmuster: die Schüler*innen vieler Gymnasien repräsentieren eine vielfältige Gemeinschaft, der die alte Gymnasiallogik (»ich unterrichte ein Fach und keinen jungen Menschen«) schon längst nicht mehr gerecht wird. Da sich also etliche Gymnasien bereits auf den Weg einer schüler*innenorientierten Pädagogik gemacht haben, ist die Zeit reif auch für strukturelle Veränderungen an den Gymnasien! Denn unseres Erachtens benötigen ALLE Schüler*innen mehr Zeit, ALLE Schulen müssen ein flexibilisiertes Lernen nach Inhalten und Kompetenzen ermöglichen, ALLE Schulen haben den Auftrag, ihre ihnen anvertrauten Kinder und Jugendlichen zu ermutigen, zu begleiten und zu unterstützen!

Die perfide Konstruktion des Zwei-Säulen-Modells bedingt, dass Änderungen an einer Säule Veränderungen an der anderen mit sich ziehen. Würde das Argument der Gegner*innen der G9-Initiative Geltung erhalten und die 7.095 Schüler*innen aus dem 10. Jahrgang der staatlichen Gymnasien allesamt in die gymnasiale Oberstufe des STS gewechselt sein, hätte sich die Oberstufe der STS fast verdoppelt. Ein Ding der Unmöglichkeit, pädagogisch, strukturell, räumlich und wahrscheinlich auch organisatorisch.

Auch dieser Punkt spricht für den einzigen gangbaren Weg: die Gymnasien müssen sich weiterentwickeln. Sie müssen vollumfänglich Verantwortung für ihre Schüler*innen übernehmen![3]

In allen Schulen, sowohl Gymnasium wie STS, müssen die Lernzeiten flexibilisiert und damit den Schüler*innen das Lernen im eigenen Takt ermöglicht werden. Alle Schulen müssen die Inklusion leisten, vollumfänglich und ohne Wenn und Aber. Und ebenso müssen alle Schulen ihren Beitrag zur Integration von geflüchteten jungen Menschen leisten, nicht nur durch Basis- und IV-Klassen (bestenfalls durch ein inklusives, nicht exklusives Konzept), sondern durch die Förderung über den gesamten Bildungsweg. Auch hier haben sich einige Gymnasien schon auf den Weg gemacht!

Offensichtlich ist, dass es Bewegung in der Bildungspolitik gibt. Offensichtlich ist auch, dass die starren Grenzen zwischen den Schulformen punktuell aufweichen. Wir sehen, dass die G9-Ini dazu beigetragen hat, es fehlt aber eben der politische Wille, eine gemeinsame bildungspolitische Debatte über die notwendigen Reformen der Schulstruktur zu führen – über den Unsinn der Segregation in äußerlich unterschiedene Schulformen und der Konkurrenz der Schulen untereinander. Denn Bildung muss im Sinne der Kinder und Jugendlichen ausgerichtet und Schulen müssen nach ihren Bedürfnissen ausgestaltet werden!

[2] www.die-linke-hamburg.de/index.php?id=&no_cache=1&tx_news_pi1[news]=107556&tx_news_pi1[controller]=News&tx_news_pi1[action]=detail.

[3] Die Linke Fraktion Hamburg | Bildung Pressemeldungen Pressemitteilungen Sabine Boeddinghaus | Die gesellschaftliche Vielfalt ist in den Gymnasien angekommen – sie müssen sich weiterentwickeln! (linksfraktion-hamburg.de).

Heike Sudmann (Tel. 040/428 312 250 | heike.sudmann@linksfraktion-hamburg.de) | Sabine Boeddinghaus (040/303 948 74 | sabine.boeddinghaus@linksfraktion-hamburg.de) | Mitglieder der Hamburgischen Bürgerschaft | Rathausmarkt 1 | 20095 Hamburg

Wir brauchen eine neue Schulstrukturdebatte

Von Luzian Massarrat* und Sabine Boeddinghaus

Unser Schulsystem verschärft die Bildungsungerechtigkeit enorm und schafft enttäuschende Lernergebnisse. Zwar zeigt das neue ifo Bildungsbarometer, dass Hamburgs Schulsystem zu den besten Deutschlands gehört, trotzdem ist unser Zwei-Säulen-Modell noch lange kein Erfolg: Dass Hamburg im Bildungsbarometer gut abschneidet, begründet sich allein darin, dass das Bildungssystem in anderen Bundesländern noch viel schlechter ist. In einer spannenden Podiumsdiskussion mit Bildungswissenschaftler Marcel Helbig wurden die aktuelle Situation, Probleme und Perspektiven besprochen.

Für eine Podiumsdiskussion unter dem Titel »Abi nur für Reiche? Warum Armut keine Schule machen darf!« haben wir Prof. Dr. Marcel Helbig, renommierten Bildungswissenschaftler am Leibnitz-Institut für Bildungsverläufe, nach Hamburg eingeladen. In der Debatte mit Sabine Boeddinghaus und einer anschließenden Diskussion mit dem Publikum wurde ein weiteres Mal deutlich, wie prekär die Situation im deutschen Bildungssystem – auch in Hamburg – ist.

Wer ehrlich wissen will, wie gut Hamburgs Schulen sind, darf sie nicht mit Bremen vergleichen, sondern muss nach Kanada, Estland, Finnland oder Schweden blicken. Was bei einem solchen Vergleich auffällt, ist in der Bildungswissenschaft längst bekannt: Je länger Schüler*innen gemeinsam an derselben Schule lernen, desto besser sind sie am Ende ihrer Schullaufbahn gebildet. Mehr noch: Eine gemeinsame Schule ist das wirksamste Instrument gegen Bildungsungerechtigkeit und verringert den Druck auf die Kinder. Marcel Helbig fordert deshalb eine neue Debatte über die Schulstruktur und auch Die Linke setzt sich dafür ein, dass jedes Kind an jede Schule kann und dort einen für sich passenden Abschluss machen darf! Das Hamburger Zwei-Säulen-Modell, bei dem Gymnasien und Stadtteilschulen nebeneinander existieren und bei dem die Grundschule nur vier Jahre geht, schafft eine enorme Ungleichheit. In kaum einem Land hängt der eigene Bildungsabschluss so stark von der Bildung der Eltern ab wie in Deutschland. Solange das Gymnasium - die »heilige Kuh« des bestehenden Bildungsbürgertums und seiner Parteien - neben der Stadtteilschule unbehelligt bleibt, wird auch die Bildungsungerechtigkeit weiter grassieren.

Im Gespräch Hanno Plass, Marcel Helbig und Sabine Boeddinghaus (Foto: L. Massarrat)

Statt das Problem strukturell anzugehen, will das FDP-geführte Bundesministerium für Bildung und Forschung mit seinem Startchancen-Programm mehr finanzielle Mittel für etwa 4.000 deutsche Schulen in prekären Lagen zur Verfügung stellen. Auch wenn mehr Geld für diese Schulen – wie etwa auch aus dem 23+ Programm in Hamburg – den Schulen sehr hilft, ändert eine bessere Finanzierung nur wenig an den grundlegenden Problemen. Bildungswissenschaftler Helbig fordert hier echte Kreativität, statt bloß mehr Geld zur Verfügung zu stellen.

Als Linke fordern wir einen ehrlichen Umgang der Politik mit den wissenschaftlichen Erkenntnissen! Das Ende des von SPD, Grünen, CDU und FDP beschlossenen Schulstrukturfriedens, der jedes Ruckeln am Zwei-Säulen-Modell verbietet, ist für uns die Chance auf einen Schulfrieden für die Schüler*innen, statt einen für die Politik. Die Linke macht sich stark für eine neue Debatte über das Zwei-Säulen-Modell. Wenn wir wollen, dass Bildung in Hamburg endlich gerecht wird, muss Schluss sein mit der Segregation nach der vierten Klasse. Wir müssen endlich beginnen, Schule vom Kind aus zu denken.

Marcel Helbig resümiert, es gebe wenig Grund, die Schulpolitik Hamburgs zu loben, bloß weil sie besser sei als in anderen Bundesländern. Hamburg sei weiterhin nicht mehr als ein Einäugiger unter Blinden.

**Luzian Massarrat ist Mitglied der LAG Bildung sowie der LAG Verkehr, Sprecher der BO St. Georg, aktiv im Bezirk Hamburg-Mitte und kandidiert auf der Wahlkreisliste Hamburg-Mitte für die Bürgerschaft.*

Nochmals lauter echte Kandinskys (Foto: M. Joho)

Heike Sudmann (Tel. 040/428 312 250 | heike.sudmann@linksfraktion-hamburg.de) | Sabine Boeddinghaus (040/303 948 74 | sabine.boeddinghaus@linksfraktion-hamburg.de) | Mitglieder der Hamburgischen Bürgerschaft | Rathausmarkt 1 | 20095 Hamburg

Gegen die drohende Kitastrophe!

Aufruf zur Demonstration am 19. September

Das große Kita-Bündnis verbreitet gegenwärtig den nachfolgenden Aufruf, den wir hiermit weiter verbreiten helfen.

Die Lage in den Hamburger Kitas ist weiterhin sehr herausfordernd: Die Refinanzierung ist immer noch ungeklärt, das pädagogische Fachpersonal arbeitet am Limit, den Bedürfnissen der Kinder kann nicht mehr gerecht werden und Eltern können nicht mehr auf eine verlässliche Betreuung und Bildung vertrauen! Und noch immer kommt kein Signal aus der Politik!

Für mehr Investitionen in die frühkindliche Bildung gehen wir mit euch auf die Straße! Mobilisiert eure KollegInnen, Leitungen, Eltern und Kinder und kommt am **Donnerstag, den 19. September, um 16.30 Uhr** zur großen Demo!

Die drei Startpunkte des Sternmarsches sind:

- U-Bahn Hoheluft
- Heidi-Kabel-Platz (Nähe Hauptbahnhof)
- Neuer Pferdemarkt (Nähe U-Bahn Feldstraße)

Die drei Märsche treffen sich dann am Dammtor zur gemeinsamen Abschlusskundgebung gegen 17.30 Uhr.

Sprich mit Deiner Kitaleitung, ob eure Einrichtung an diesem Tag früher schließt, und macht euch mit Pädagog*innen, Leitung, Eltern und Kindern gemeinsam auf den Weg! Gemeinsam können wir viel bewegen!

Von der Homepage der Initiator*innen (www.kitanetzwerk-hamburg.de/)

Verdrehungen in der Hamburger Wohnungspolitik

Von Michael Joho

Hamburgs Wohnungs- und Mietenpolitik ist einer der Brennpunkte der politischen Auseinandersetzung. Und sie steht ganz oben bei den Sorgen, die sich Hamburger*innen um ihre Zukunft machen. Sie stellen die Frage, ob sie morgen oder im Alter noch ihre Miete zahlen können, ob sie überhaupt eine erschwingliche Wohnung halten oder auch finden können.

Vor diesem Hintergrund ist besonders wichtig, was uns da von der Politik, insbesondere vom »rot-grünen« Senat, gesagt und geliefert wird. Denn dessen Aussagen beschönigen die Lage. Vor allem, sie zeigen keine wirkliche Lösung für die nächste Zukunft auf. Wir hinterfragen daher in diesem Material, was an einigen, besonders oft zu hörenden Aussagen des Senats »dran« ist. Und stellen damit fragwürdige Daten, unscharfe Begriffe und allerlei Brimborium infrage, alles bewusst eingesetzt, um die tatsächlichen Verhältnisse zu verschleiern. Wir konzentrieren uns dabei auf einige gängige Floskeln und Argumentationslinien von SPD und GRÜNEN. Diese wollen ja schließlich nach der Bürgerschaftswahl am 2. März 2025 ihre Senatskoalition fortsetzen. Da ist es schon wichtig zu wissen, worauf ihre Wohnungspolitik auch längerfristig hinausläuft. Und nicht zuletzt, was DIE LINKE dem entgegensetzt.

Nur »bauen, bauen, bauen« hilft gegen die Mietenexplosion!?

Mit diesem Satz ist Hamburgs ehemaliger Erster Bürgermeister Olaf Scholz sozusagen in die Geschichte eingegangen. Gebetsmühlenartig wird dieser Satz vor allem von Hamburgs, aber mittlerweile auch bundesweit von den Sozialdemokrat*innen wiederholt. Und es liegt ja auch nahe: Gibt es Wohnungsmangel – und den erkennen mittlerweile alle an –, dann muss einfach mehr gebaut werden. Aber stimmt das

Damals wie heute: »Wir demonstrieren gegen den Wohnungswucher« (von M. Joho frisch erworbene Ansichtskarte aus den1920er-Jahren).

wirklich? Kann mit einem erweiterten Neubauprogramm wirklich die Wohnungsnot von Zigtausenden Haushalten alleine in Hamburg bewältigt werden? Mitnichten, sagen wir.

Neu errichtete Wohnungen schaffen mehr Wohnraum. Klar. Doch was kostet dieser neue Wohnraum und wer kann sich den leisten? Man möge sich nur mal den aktuell gültigen Hamburger Mietenspiegel[1] anschauen. Der weist z.B. für die Baualtersklasse 2016 bis 2022 bei einer Wohnungsgröße von 41 bis 66 Quadratmeter (qm) einen durchschnittlichen Quadratmeterpreis von 14,77 Euro aus. Die ortsübliche Vergleichsmiete über alle mietenspiegelrelevanten 570.000 Mietwohnungen beträgt dagegen nur 9,83 Euro/qm. Die Mieten der mietenspiegelrelevanten Neubauwohnungen sind also im Durchschnitt 50 Prozent teurer als die der älteren Wohnungen. Und das ist auch nur die halbe Wahrheit. Denn das Statistische Bundesamt ging für das II. Quartal 2024 bei den inserierten Wohnungen von einer Angebotsmiete von 16 Euro/qm aus.[2]

Wir sagen dazu, dass das Scholz'sche Mantra »Bauen, bauen, bauen!« Salz in die Augen streut. Aus unserer Sicht gibt es vor allem zwei Antworten auf diesen Fake: Im Interesse der Menschen mit kleinem oder mittlerem Portemonnaie müssen viel mehr geförderte Sozialwohnungen im 1. Förderweg gebaut werden. Deren Neubau-Einstiegsmiete beträgt gegenwärtig 7,10 Euro/qm nettokalt und kann alle zwei Jahre um 0,20 Euro/qm erhöht werden.

Zum anderen ist dem Wahn, alles neu zu bauen (und dafür oft genug günstigen Altbau abzureißen), entgegenzutreten. Wir sollten vielmehr vor allem im vorhandenen Bestand ausbauen, erweitern und aufstocken. Wir gehen nicht ganz so weit, wie der Bund Deutscher Architektinnen und Architekten (BDA), der gleich einen allgemeinen Abrissstopp fordert.[3] Richtig ist aus unserer Sicht aber, günstigen Altbau zu erhalten und – schon aus klimafreundlichen Gründen – eher an Ausbau als Abriss und Neubau zu denken.

Und natürlich muss es darum gehen, Leerstände zu bekämpfen und dafür auch mehr städtisches Personal einzusetzen. Gerade erst sind die Ergebnisse des jüngsten Zensus veröffentlicht worden. Danach standen 2022 fast 20.000 Wohnungen in Hamburg leer, was einer Leerstandsquote von 1,9 Prozent entspricht.[4]

Neubau ist sicher nötig, auch angesichts der wachsenden Bevölkerung in Hamburg. Aber um bezahlbaren Wohnraum zu schaffen oder zu erhalten, sind andere Wege einzuschlagen als die vom Senat bevorzugten.

---

[1] www.hamburg.de/resource/blob/189806/7c16cc73908114897628f3f41fedde82/d-mietenspiegel-tabelle-2023-data.pdf.

[2] https://de.statista.com/statistik/daten/studie/1885/umfrage/mietpreise-in-den-groessten-staedten-deutschlands/.

[3] www.bda-bund.de/2022/09/abrissmoratorium/.

[4] www.statistik-nord.de/presse-veroeffentlichungen/presseinformationen/dokumentenansicht/zensus-2022-in-hamburg-65916.

Heike Sudmann (Tel. 040/428 312 250 | heike.sudmann@linksfraktion-hamburg.de) | Sabine Boeddinghaus (040/303 948 74 | sabine.boeddinghaus@linksfraktion-hamburg.de) | Mitglieder der Hamburgischen Bürgerschaft | Rathausmarkt 1 | 20095 Hamburg

Baufertigstellungen im Wohn- und Nichtwohnbau in Hamburg von 2011 – 2022

Jahr	Fertig gestellte Wohnungen												
	insgesamt	darunter 1. u. 2. Förderweg (FW)						darunter in Gebäuden mit **Eigentumswohnungen (ETW)**		darunter **freifinanzierte Wohnungen** (errechnet aus der Summe der Fertigstellungen abzüglich Eigentumswohnungen und 1. u. 2. FW)		Summe ETW und freifinanziert	
		1. Fw	in%	2. Fw	in%	1. u. 2. Fw zusammen	in% insges.	Anzahl	in% insges.	Anzahl	in% insges.	Anzahl	in% insges.
2011	3.729	1.182	**31,70**	0	**0,00**	1.182	**31,70**	1.072	**28,75**	1.475	**39,55**	2.547	**68,30**
2012	3.793	607	**16,00**	1	**0,03**	608	**16,03**	936	**24,68**	2.249	**59,29**	3.185	**83,97**
2013	6.407	1.330	**20,76**	0	**0,00**	1.330	**20,76**	2.290	**35,74**	2.787	**43,50**	5.077	**79,24**
2014	6.974	2.005	**28,75**	34	**0,49**	2.039	**29,24**	1.460	**20,93**	3.475	**49,83**	4.935	**70,76**
2015	8.521	2.148	**25,21**	42	**0,49**	2.190	**25,70**	2.223	**26,09**	4.108	**48,21**	6.331	**74,30**
2016	7.722	2.127	**27,54**	306	**3,96**	2.433	**31,51**	2.507	**32,47**	2.782	**36,03**	5.289	**68,49**
2017	7.920	2.108	**26,62**	205	**2,59**	2.313	**29,20**	2.338	**29,52**	3.269	**41,28**	5.607	**70,80**
2018	10.674	2.075	**19,44**	391	**3,66**	2.466	**23,10**	2.529	**23,69**	5.679	**53,20**	8.208	**76,90**
2019	9.805	3.012	**30,72**	705	**7,19**	3.717	**37,91**	2.290	**23,36**	3.798	**38,74**	6.088	**62,09**
2020	11.269	3.037	**26,95**	435	**3,86**	3.472	**30,81**	2.623	**23,28**	5.174	**45,91**	7.797	**69,19**
2021	7.836	1.563	**19,95**	332	**4,24**	1.895	**24,18**	1.346	**17,18**	4.595	**58,64**	5.941	**75,82**
2022	9.234	1.986	**21,51**	444	**4,81**	2.430	**26,32**	2.562	**27,75**	4.242	**45,94**	6.804	**73,68**
2023	5.999	1.523	**25,39**	632	**10,54**	2.155	**35,92**	1.907	**31,79**	1.937	**32,29**	3.844	**64,08**
Summe	**99.883**	24.703	**24,73**	3.527	**3,53**	28.230	**28,26**	26.083	**26,11**	45.570	**45,62**	71.653	**71,74**

Quellen: Drs. 22/5066 v. 2.7.21, LPK Wohnraumförderung 01/22 und 01/23; PM Statistikamt Nord v. 30.5.22; Senats-PM v. 23.5.23,
Tabelle erstellt von Heike Sudmann mit Stand vom 25.6.2024.

Gebaut wird doch im Drittelmix!?

Seit 2011 versucht der Senat uns weiszumachen, in Hamburg würde im »Drittelmix« gebaut werden: 33,3 % öffentlich geförderte Sozialwohnungen, 33,3 % privat frei finanzierte Wohnungen und 33,3 % Eigentumswohnungen. Tatsächlich ist zu keinem Zeitpunkt seit der Übernahme der Senatsführung durch die SPD 2011 im Drittelmix gebaut worden.

Baufertigstellungen im Wohn- und Nichtwohnbau in Hamburg von 2011 – 2023

Die oben abgebildete, von Heike Sudmann von Jahr zu Jahr aktualisierte Tabelle, zeigt, dass im Durchschnitt der Jahre 2011 bis 2023 lediglich 24,73% klassische Sozialwohnungen im 1. Förderweg mit einer aktuellen Einstiegsmiete von 7,10 Euro/qm nettokalt entstanden sind. Selbst wenn die Wohnungen des sogenannten 2. Förderweges (Einstiegsmiete 2024: 9,20 Euro/qm) eingerechnet werden, kommt der Anteil der geförderten Wohnungen in den 13 Jahren unter sozialdemokratischer Senatsführung nicht über 28,26% hinaus. Entstanden sind in diesem Zeitraum aber vor allem teure frei finanzierte Wohnungen (45,62%) und noch teurere Eigentumswohnungen (26,11%), die zusammen 71,74% des Neubauvolumens ausmachen. Also nix mit einem Drittel erschwinglicher Wohnungen. Gut sieben von zehn neu errichteten Wohnungen gehen also von mindestens 15, 16 Euro pro Quadratmeter aus, wobei die geschaffenen Eigentumswohnungen noch einmal eine Liga höher angesiedelt sind.

Ob 1., 2. oder 3. Förderweg – alles »Sozialwohnungen«!?

Zu Beginn der von Olaf Scholz verantworteten Wohnungspolitik in Hamburg war mit dem Begriff Sozialwohnung eben die geförderte klassische Sozialwohnung vorausgegangener

Und so definierte der Senat die Begriffe **»Sozialwohnungen«** und **»Drittelmix«** in der Antwort auf eine Kleine Anfrage der Linksfraktion vom 14. Juli 2023 (Drs. 22/12479):

Frage 1: Wie haben sich die genauen Definitionen der Begriffe »Drittelmix« und »Sozialwohnungen« beim Senat seit 2011 verändert, wann und warum wurden die jeweiligen Neuinterpretationen vorgenommen?

Antwort zu Frage 1:

Die Definition für Sozialwohnungen ist nicht verändert worden. Der Senat versteht unter Sozialwohnungen alle Wohnungen des 1. und 2. Förderweges.

Der Begriff Drittelmix hat sich seit 2011 etabliert und bezieht sich grundsätzlich auf das Drittel geförderter Wohnungsbau in Neubauprojekten.

Die Gesamtzielzahl zur Förderung wie auch die Zielzahl zu genehmigender Wohneinheiten hat sich im Zuge der Bündnisvereinbarungen seit 2011 verändert. In der ersten Bündnisvereinbarung in der 20. Legislatur ist formuliert worden, dass von der Zielzahl, 6.000 Wohnungen zu schaffen, ein Drittel, also 2.000 Wohnungen, gefördert sein sollen. In der Vereinbarung der 21. Legislaturperiode ist die Zielzahl der zu genehmigenden Neubauwohnungen auf 10.000 angehoben worden.

In der Bündnisvereinbarung der 22. Legislaturperiode wird der Drittelmix erstmalig definiert, indem für einzelne Wohnungsneubauprojekte ab 30 Wohneinheiten je ein Drittel geförderter Mietwohnungsbau, frei finanzierter Mietwohnungsbau und Eigentumswohnungsbau textlich verankert wurden.

Jahrzehnte gemeint, eine andere gab es damals noch gar nicht. Als 2012 dann ein 2. Förderweg eingeführt wurde, blieb der klassische 1. Förderweg davon in den Statistiken zunächst abgetrennt, kein Wunder, denn die Einstiegsmiete bei Erstbezug der Neubauwohnung lag und liegt beim 2. Förderweg um ca. 2 Euro pro Quadratmeter höher als im 1. Förderweg. Dieses neue Angebot richtete sich von Anfang bewusst an den Mittelstand, der aufgrund der Wohnungskatastrophe längst auch Probleme hat, eine geeignete, bezahlbare Wohnung zu finden.

Nach und nach ging der Senat in seinen Veröffentlichungen dazu über, die Wohnungen des 1. und 2. Förderweges summarisch als Sozialwohnungen zu bezeichnen. Nicht zuletzt aufgrund der Kritik der LINKEN, zwischen den (klassischen) Sozialwohnungen (des nunmehr 1. Förderweges) und den neu geschaffenen geförderten Wohnungen des 2. Förderweges bitteschön weiter zu unterscheiden, reagierte der Senat mit einer Neuinterpretation. Die Neubauzahlen gaben eben nicht her, dass wirklich im Drittelmix gebaut wurde. Also galt es, die schiefe Realität geradezubiegen. Nun hieß es, dass es beim Drittelmix ja nicht um 33,3 % errichtete, sondern um ein Drittel genehmigter geförderter Wohnungen gehe. Und da auch diese Finte nicht ausreichte, um dem Drittelmix nahezukommen, spricht der Senat in Kooperation mit der Wohnungswirtschaft seit dem dritten Bündnis-Vertrag für das Wohnen in Hamburg 2021 verstärkt davon, dass der Drittelmix nur bei Wohnungsbauprojekten ab 30 Wohneinheiten gelte (und dann unter Umständen sogar bis zu 35 % geförderte Wohnungen umfassen könne).[5] Es lasse sich darüber streiten, »ob der Mix schon mit 30 oder 33,3 Prozent eingehalten wird«, schreibt die Stadtplanerin Mara Bahls. »Fakt ist, dass der Drittelmix in seiner aktuellen Ausgestaltung den mit ihm verbundenen politischen Zielen nicht gerecht wird. Dies zeigen sowohl die immer weiter sinkenden Bestände geförderter Wohneinheiten als auch die immer weiter steigenden Mieten.«[6]

Das klingt alles ein wenig nach Zahlenhuberei. Es geht hier aus unserer Sicht aber um die Kernfrage der Wohnungsversorgung in Hamburg. Und die lautet, wie können Menschen bzw. Haushalte mit geringem oder mittlerem Einkommen heute und in Zukunft eine bezahlbare Mietwohnung finden. Da ist schon entscheidend, ob 10.000 Sozialwohnungen (des 1. Förderweges) mehr gebaut werden oder eben nicht. Denn die Gesamttendenz der Anzahl und des Anteils an Sozialwohnungen ist in unserer Stadt absolut negativ. Gab es 1987 in Hamburg noch 269.900 geförderte Wohnungen, ist die Anzahl bis 2018 auf 83.300 dramatisch abgesunken.[7] Und das trotz deutlich gewachsener Bevölkerung – zwischen

Gesehen in Berlin (Foto: M. Joho)

2011 und 2023 ist Hamburg von 1,72 auf 1,91 Mio. Einwohner*innen angewachsen, also um fast 200.000 Menschen![8]

In diesem Zusammenhang sei eine weitere Verschleierung der realen Verhältnisse durch den Senat hervorgehoben. Im »Bündnis für das Wohnen« mit der Hamburger Immobilienwirtschaft ist 2016 vereinbart worden, alljährlich 10.000 Baugenehmigungen zu erteilen, davon 3.000 für öffentlich gefördert Wohneinheiten (= 30,0 %).[9] Damit hats ja nun nicht geklappt, wie die oben aufgeführte Tabelle zeigt. Im vergangenen Jahr 2023 sind gerade mal 5.257 Baugenehmigungen erteilt worden, 5.999 Wohneinheiten konnten fertiggestellt werden.[10] Alles weit entfernt von der Marke 10.000. In diese Gesamtzahl eingegangen sind in 2023 die 2.380 Wohneinheiten, für die es eine Förderbewilligung gab; fertiggestellt wurden im letzten Jahr gerade mal 2.155 geförderte Neubauwohnungen, davon nur noch 1.523 im 1. und mittlerweile 632 im 2. Förderweg.[11]

[5] www.hamburg.de/politik-und-verwaltung/behoerden/behoerde-fuer-stadtentwicklung-und-wohnen/themen/wohnen/wohnungsbaupolitik/buendnis-fuers-wohnen-156558.

[6] Mara Bahls: Sozialer Wohnungsbau und der »Drittelmix« in Hamburg 2011 bis 2021. In: Wohnen in Hamburg. Akteure, Instrumente und Konfliktfelder. Hrsg. von Monika Grubbauer und Joscha Metzger. Bielefeld 2023. S. 258. Im Netz hier.

[7] Forschung + Beratung (Hrsg.): Entwicklung des öffentlich geförderten Mietwohnungsbaus in Hamburg seit 1948. Hamburg, März 2020. S. 35f. Im Netz hier.

[8] https://de.statista.com/statistik/daten/studie/322418/umfrage/entwicklung-der-gesamtbevoelkerung-in-hamburg/.

[9] www.sueddeutsche.de/politik/hamburg-hamburg-hat-3000-neue-sozialwohnungen-gefoerdert-dpa.urn-newsml-dpa-com-20090101-180125-99-799422.

[10] www.statistik-nord.de/presse-veroeffentlichungen/presseinformationen/dokumentenansicht/wohnungsbau-in-hamburg-2023-65750.

[11] www.hamburg.de/politik-und-verwaltung/behoerden/behoerde-fuer-stadtentwicklung-und-wohnen/aktuelles/pressemeldungen/trendwende-bei-den-sozialwohnungen-2023-wurden-mehr-als-2-300-neue-sozialwohnungen-bewilligt-4006.

Heike Sudmann (Tel. 040/428 312 250 | heike.sudmann@linksfraktion-hamburg.de) | Sabine Boeddinghaus (040/303 948 74 | sabine.boeddinghaus@linksfraktion-hamburg.de) | Mitglieder der Hamburgischen Bürgerschaft | Rathausmarkt 1 | 20095 Hamburg

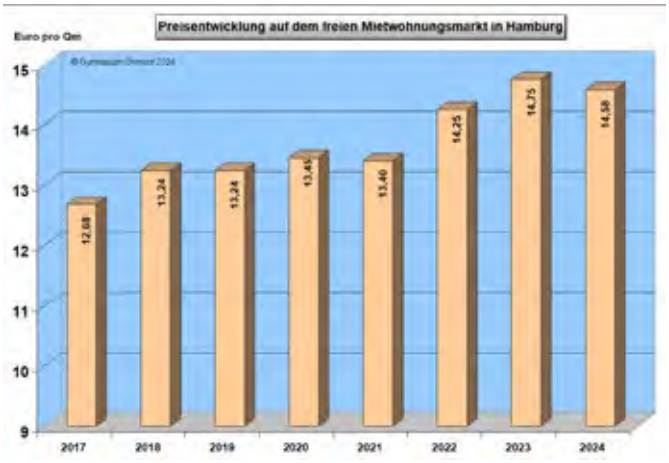
Wir sind gespannt, wie der Senat in den kommenden Monaten den vermeintlichen (nie verwirklichten) Drittelmix ein weiteres Mal umdeuten wird. Denn schon jetzt ist klar, dass bis alleine bis 2030 alljährlich erheblich mehr Sozialwohnungen (des 1. Förderweges) aus der Mietpreisbindung fallen, als bestenfalls (3.000!) neu gebaut werden: Zwischen 2024 und 2030 werden jedes Jahr zwischen 3.815 Wohnungen (2025) und 5.178 Wohneinheiten (2028) aus der Bindung fallen.[12] Die Anzahl und der Anteil dieser Sozialwohnungen nehmen also von Jahr zu Jahr ab.

DIE LINKE hat in den letzten Jahren immer wieder eingefordert, deutlich mehr Sozialwohnungen im 1. Förderweg zu errichten. Sie hat sich dabei von dem Grundsatz leiten lassen, dass die Wohnungsmisere »von unten« bekämpft werden muss. Also nicht teuer bauen und hoffen, dass die Bezieher*innen teurer Wohnungen günstigere frei machen, sondern von vornherein alles daran setzen, günstigen Wohnraum zu schaffen, um den Haushalte mit geringerem Einkommen eine bezahlbare Wohnperspektive zu schaffen. Konsequenterweise haben wir daher auch die Einführung eines 3. Förderweges (Einstiegsmiete 12,10 Euro/qm) im April 2024 kritisiert. Dem wachsenden Wohnungsmangel muss vielmehr durch Schaffung von günstigen Wohneinheiten entgegengewirkt werden, je mehr je besser. Auch für die besser verdienenden Haushalte.

Alles gar nicht so schlimm mit der Mietenentwicklung!?

Diese Aussage legt ein ZEIT-Interview mit Karen Pein (SPD) vom Mai 2023 nahe. Die Stadtentwicklungssenatorin meinte, dass alle Angebotsmieten-Anzeigen in Internetportalen ebenso wenig aussagekräftig seien, wie der Hamburger Mietenspiegel. Im ersten Fall seien nur 10 Prozent aller Mietwohnungen erfasst, im zweiten Fall – also im Hinblick auf den von der Stadt erhobenen Mietenspiegel – würden sogar nur 2 Prozent der Wohnungsmieten in Hamburg einfließen. Frau Pein favorisiere dagegen die CRES-Studie, von der Wohnungswirtschaft zuletzt im Jahre 2019 erhoben. Diese famose Untersuchung würde etwa 40 Prozent aller Mietverhältnisse in Hamburg berücksichtigen und sei damit »deutlich repräsentativer«. Daraus ergebe sich, dass die Hamburger Nettokaltmiete in Hamburg bei 8,71 Euro/qm liege, also noch deutlich unter dem Mietenspiegel-Durchschnitt, der laut letzter Erhebung der Stadt von 2023 bei 9,83 Euro/qm angesiedelt ist.[13]

Was ist das nur für eine Senatorin, die die städtische Mieten(spiegel)berechnung runtermacht und eine von der Wohnungswirtschaft in Auftrag gegebene Studie bevorzugt? Das Motiv liegt sicher darin begründet, dass Frau Pein auch die Mietenentwicklung schönreden muss, um abzulenken von



Aus der am 13.5.2024 veröffentlichten diesjährigen Ohmoor-Studie über die Entwicklung der Angebotsmieten in Hamburg.

den wahren Verhältnissen auf dem »Wohnungsmarkt«. Denn der treibt immer mehr Menschen in die Verzweiflung, zumindest – statistisch nachweisbar – ins (noch) etwas günstigere Umland. Zur CRES-Studie ist methodisch anzumerken, was Rolf Bosse, der Vorsitzende des Mietervereins zu Hamburg, auf den Punkt brachte: »78 Prozent aller Rückmeldungen [bei der CRES-Erhebung] kamen von Genossenschaften und der städtischen SAGA, nur 22 Prozent von privaten Vermietern. Letztere haben aber tatsächlich einen Anteil von 64 Prozent auf dem Wohnungsmarkt.«[14] Und wie der freie Wohnungsmarkt tickt – also ohne die (geförderten) Wohnungen von SAGA und Genossenschaften –, das belegt alljährlich die Mietenstudie von Schüler*innen des Ohmoor-Gymnasiums. Rund 4.200 Inserate haben sie im Februar/März 2024 ausgewertet und daraus abgeleitet, wie die Angebotsmieten in Hamburg ausfallen.[15]

Während die Mietenentwicklung für die Stadtentwicklungssenatorin ganz in Ordnung ist – die CRES-Studie beweise es ja – halten wir die Mietenexplosion neben dem Mangel an bezahlbarem Wohnraum für die größten sozialen Probleme der reichen Metropole Hamburg. Mit seinen gut 32.000 Menschen ohne eigene Wohnung und weiteren mehr als 2.000 auf der Straße lebenden Obdachlosen gilt Hamburg mittlerweile als »Hauptstadt der Wohnungslosen«, so die Arbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege Hamburg.[16] Und ganz sicher kein Zufall ist es, dass laut Presseberichten im Juli 2024 ca. 100.000 Interessierte auf der Warteliste der SAGA stehen, gehören die Mieten dieses städtischen Wohnungsunternehmens doch zu den günstigsten in Hamburg.[17]

DIE LINKE hat immer wieder eingefordert, deutlich mehr Sozialwohnungen (im 1. Förderweg) zu errichten, also keine Wohnungen im 2. oder 3. Förderweg, sondern alle Kraft darauf zu legen, eine hohe Anzahl der günstigsten Wohneinhei-

[12] Senatsantwort auf eine Große Anfrage der Linksfraktion, Drs. 22/15558 vom 12.7.2024.

[13] www.zeit.de/hamburg/2023-05/hamburg-enteignung-wohnungs-not-baukosten-karen-pein/komplettansicht#print. Die Angabe von 8,21 Euro im Text ist falsch, die CRES-Studie sieht den Durchschnittswert bei 8,71 Euro.

[14] https://taz.de/Studie-ueber-Hamburger-Wohnungsmarkt/!5942657/.

[15] www.mieterverein-hamburg.de/wp-content/uploads/2024/05/Presse-erklaerung-Mietenstudie-Ohmoor-2024.pdf.

[16] www.agfw-hamburg.de/AGFW/Detail.aspx?id=25378.

[17] www.ndr.de/nachrichten/hamburg/Wohnungssuche-in-Hamburg-SAGA-Warteliste-mit-100000-Interessierten,saga232.html.

Heike Sudmann (Tel. 040/428 312 250 | heike.sudmann@linksfraktion-hamburg.de) | Sabine Boeddinghaus (040/303 948 74 | sabine.boeddinghaus@linksfraktion-hamburg.de) | Mitglieder der Hamburgischen Bürgerschaft | Rathausmarkt 1 | 20095 Hamburg

Antrittsbesuch der neuen Bundesbauministerin Klara Geywitz am 6.1.2022 in Hamburg (Foto: M. Joho)

ten zu schaffen, um vorrangig die Haushalte mit den größten finanziellen Schwierigkeiten in bezahlbaren Wohnraum zu bringen. Und DIE LINKE setzt sich dafür ein, endlich einen Mietendeckel einzuführen, der die Mieten nach oben hin begrenzt und sogar dafür Sorge tragen kann, diese zu senken. Und damit die völlig kraftlose »Mietpreisbremse« abzulösen, die überhaupt keine spürbare Beschränkung überzogener Mieten zur Folge hat.

Hamburgs Wohnungspolitik vorbildlich für Deutschland!?

Der Senat im Allgemeinen und die stadtentwicklungspolitische Sprecherin der SPD-Bürgerschaftsfraktion Martina Köppen werden nicht müde, bei jeder Gelegenheit zu verkünden, dass Hamburg in Sachen Wohnungspolitik in Deutschland ganz vorne sei. Kaum war Klara Geywitz (SPD) als neue Bundesbauministerin ernannt worden, führte sie ihr erster »auswärtiger Besuch« nach Hamburg. Das hiesige Bündnis für das Wohnen zeige, so Geywitz damals, »wie ein Aufbruch für bezahlbares Wohnen auch in einem Bündnis für ganz Deutschland gelingen kann«.[18] Auch die Scholz'sche Parole »Bauen, bauen, bauen!« hat sie sich inzwischen zu eigen gemacht. Dumm nur, dass von den von der Ampelkoalition auf Bundesebene alljährlich anvisierten 400.000 Neubauwohnungen in 2023 gerade mal 294.400 realisiert werden konnten. Und statt der Zielzahl von 100.000 neu errichteten, geförderten Wohneinheiten sind es im vergangenen Jahr lediglich 49.430 geworden.[19] Tendenz weiter rückläufig. Diese ernüchternden Zahlen hat Frau Geywitz Ende Juli in der »Neuen Osnabrücker Zeitung« erklären lassen, dass doch das Rausziehen aufs Land eine Alternative zur Wohnungssuche in der Großstadt sei ...[20] Yeah, das wär's doch, wenn 100.000 Hamburger*innen – nehmen wir die 100.000 Interessierten auf der Warteliste der SAGA – einfach aus der Stadt rauszögen! Das ist mal eine Wohnungsbauministerin, die sich was traut, nachdem sie wohnungspolitisch gescheitert ist!

Aber Spaß beiseite und zurück zu den angeblich so glorreichen Verhältnissen in Hamburg. Zu Recht führt die Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen (BSW) in ihrem letzten »Wohnungsbaubericht 2022« an, dass in keiner anderen deutschen Metropole so viele Wohnungen pro 100.000 Einwohnende gebaut wurden wie eben in Hamburg.[21] Doch wie verträgt sich das mit dem bereits zitierten Ruf Hamburgs als »Hauptstadt der Wohnungslosen«? An anderer Stelle in diesem Wohnungsbaubericht wird darauf verwiesen, dass in keinem anderen Bundesland so viele geförderte Mietwoh-

[18] www.zeit.de/news/2022-01/06/bundesbauministerin-geywitz-zu-besuch-in-hamburg.

[19] www.bmwsb.bund.de/SharedDocs/pressemitteilungen/Webs/BMWSB/DE/2024/05/baufertigstellungen.html.

[20] www.noz.de/deutschland-welt/politik/artikel/bauen-mieten-wohnen-so-will-klara-geywitz-die-krise-beenden-47494546.

[21] Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen (Hrsg.): Wohnungsbaubericht Hamburg 2022. Hamburg, Oktober 2023. S. 14.

Heike Sudmann (Tel. 040/428 312 250 | heike.sudmann@linksfraktion-hamburg.de) | Sabine Boeddinghaus (040/303 948 74 | sabine.boeddinghaus@linksfraktion-hamburg.de) | Mitglieder der Hamburgischen Bürgerschaft | Rathausmarkt 1 | 20095 Hamburg

nungen pro 100.000 Einwohnende wie in Hamburg errichtet worden sind.[22] Mag ja sein, aber wie verträgt sich das mit dem Umstand, dass es in Hamburg Ende 2011 (im Antrittsjahr des SPD-Senats unter Olaf Scholz) noch 99.939 Sozialwohnungen (des 1. Förderweges), Ende 2022 aber nur noch 77.374 gab,[23] also gut 22.000 weniger? Und was sagt uns dieser Bundesländer-Vergleich mit Blick auf die nächsten Jahre, in denen weiter rapide Sozialwohnungen aus der Mietpreisbindung fallen, ohne dass auch nur im Entferntesten ausgleichender Neubau geschaffen wird? Ende 2024 wird es in Hamburg noch 71.436 Sozialwohnungen geben, Ende 2032 dann lediglich noch 34.547, quasi eine Halbierung des Bestandes innerhalb von acht Jahren.[24]

Auf andere Städte und Bundesländer zu verweisen und sich ohne Unterlass selbst zu loben ist das eine. Die realen Probleme im Wohnungsmarkt zu erkennen, zu benennen und vor allem konsequent dagegen vorzugehen ist das andere. Der Senat mag sich bemühen, aber entscheidend ist für die nach erschwinglichen Wohnungen suchenden Menschen, was hinten rauskommt. Und das ist absolut zu wenig. Es entstehen viel zu wenige neue Wohnungen, vor allem Sozialwohnungen sind das Gebot der Stunde. Und die Wohnungswirtschaft verweigert sich. Da hilft es auch nicht, wenn die amtierende Stadtentwicklungssenatorin die Zusammenarbeit mit eben dieser Wohnungswirtschaft über den Klee lobt. »Ich würde niemanden enteignen, der einen guten Job macht«, führte sie im Mai 2023 aus und spielte damit auf die Volksabstimmung in Berlin an, bei der sich am 26. September 2021 mehr als eine Million Bürger*innen für eine Vergesellschaftung großer Wohnungskonzerne ausgesprochen hatten. Pein im O-Ton: »Die Unterstellung ist doch, dass die größeren Immobilienunternehmen nur renditeorientiert agieren. Und das stimmt nicht.«[25] Auf welchem Planeten lebt diese Frau? Wie ist das denn mit der »Vonovia« und ihren knapp 20.000 Wohneinheiten in Hamburg?[26] Oder mit »Heimstaden«, das in der Elbmetropole über mindestens 4.000 Wohnungen verfügt? Zwei feine Wohnungskonzerne, die laut »Mieter helfen Mietern« neuerdings eine »aggressive Geldeintreibungspolitik« betreiben und ein Inkassounternehmen auf säumige Mieter*innen ansetzen.[27]

Nein, Hamburg ist wahrlich nicht die Vorzeigemetropole in Deutschland. Hamburg ist vielmehr

- die von der Arbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege seit Längerem so titulierte »Hauptstadt der Wohnungslosigkeit«,
- laut Statistischem Bundesamt mit einer durchschnittlichen Angebotsmiete von 16 Euro/qm nettokalt aktuell die sechstteuerste Großstadt in Deutschland,[28]
- laut einer Studie der Hans-Böckler-Stiftung von 2018 die Metropole mit 150.000 und damit der zweithöchsten Zahl an fehlenden bezahlbaren Wohnungen.[29]

DIE LINKE steht für eine grundlegend andere, für eine sozial und klimagerecht ausgerichtete Wohnungspolitik. Wir wollen deutlich mehr Sozialwohnungen (im 1. Förderweg), wir plädieren vorrangig fürs Bauen im Bestand und lehnen den unsinnigen Abriss günstiger Altbauten ab, wir wollen einen bundesweiten Mietendeckel einführen und unterstützt die Volksinitiative »Hamburg enteignet«, hiesige Konzerne mit mehr als 500 Wohneinheiten zu vergesellschaften. Für Fakes, Beschönigungen der Lage und Aussitzen der überfälligen Maßnahmen sind wir nicht zu haben.

Blöder gehts kaum oder: Wuchermieten, ihr könnt kommen! FDP-Plakat zu den letzten Bezirksversammlungswahlen in Hamburg (Foto: M. Joho)

[22] Ebenda, S. 21.
[23] Drs. 22/11579 vom 9.5.2023, Anlage 1.
[24] Ebenda, Anlage 2.
[25] Aus einem ZEIT-Interview mit Karen Pein, online vom 18.5.2023.
[26] reports.vonovia.de/2020/q2/de/informationen/bestandsinformationen.html.
[27] www.mhmhamburg.de/blog/news/unfreundliche-methoden-von-grossvermietern.
[28] https://de.statista.com/statistik/daten/studie/1885/umfrage/mietpreise-in-den-groessten-staedten-deutschlands/.
[29] www.boeckler.de/de/boeckler-impuls-unbezahlbare-mieten-4100.htm.

Heike Sudmann (Tel. 040/428 312 250 | heike.sudmann@linksfraktion-hamburg.de) | Sabine Boeddinghaus (040/303 948 74 | sabine.boeddinghaus@linksfraktion-hamburg.de) | Mitglieder der Hamburgischen Bürgerschaft | Rathausmarkt 1 | 20095 Hamburg

Alle Jahre wieder

Von Heike Sudmann

Einmal mehr kommt der Senat mit einem alten Hut hinterm Ofen daher: Es geht um die Einrichtung eines »Fußball-Polizeikosten-Fonds«, aus dem Einsätze bei sogenannten Hochrisikospielen, also potenziell bei allen Profi- bzw. Ligaspielen (mit)finanziert werden sollen. Mensch möge sich das vorstellen: Da hat St. Pauli ein Heimspiel im Millerntorstadion, und je nach gegnerischer Mannschaft und mehr oder weniger von der Polizei eingesetzten Kräften müssen die Fans tiefer in die Tasche greifen und höhere Preise für den Eintritt, die Getränke oder das obligatorische Würstchen zahlen. In einem für die Bürgerschaftssitzung am 18. September vorliegenden Antrag von SPD und GRÜNEN wird sogar daran gedacht, »zur finanziellen Aufrechterhaltung der Sicherheit von Fußballspielen [...] auch die Einrichtung eines länderübergreifenden Fußball-Polizeikosten-Fonds [...], an dem sich alle Vereine beteiligen, um keinem Verein durch einzelne Länderregelungen einen Wettbewerbsnachteil zu verursachen« (Drs. 22/16177 vom 4.9.2024).

Aber nicht nur die Verteuerung der Kosten für die ja weit überwiegend am Spiel und nicht an Randale interessierten Fans ist das Problem. Auf eine noch grundsätzlichere Kritik hat mein Kollege Deniz Celik, der innenpolitische Sprecher der Bürgerschaftsfraktion DIE LINKE, am 9. September hingewiesen. Ich zitiere aus seiner Pressemitteilung: »Die Sicherheit im öffentlichen Raum ist eine hoheitliche Aufgabe, die im Interesse der Allgemeinheit aus Steuermitteln finanziert werden muss. Dabei ist es unerheblich, ob der Polizeieinsatz auf einer Demo, im Stadion oder Volksfest stattfindet. Wenn wir jetzt die Vereine an den Kosten beteiligen – wer garantiert denn, dass in Zukunft nicht auch noch die Teilnehmenden einer Demonstration oder die Veranstaltenden von Volksfesten an entsprechenden Kosten beteiligt werden? Zudem haben die Vereine keinerlei Mitspracherecht über die Zahl der eingesetzten Polizeikräfte oder die Einsatzstrategie, die in der Vergangenheit oft von Fangruppen und Vereinen zurecht als eskalativ kritisiert wurde. Der durchsichtige Versuch, die Kosten für hoheitliche Aufgaben auf die Vereine abzuwälzen, ist daher grundsätzlich falsch und muss gestoppt werden.«

Zukünftig auch ein vom Verein zu bezahlendes Hochrisikospiel? (Foto: M. Joho

Vor diesem Hintergrund lehne auch ich die Heranziehung der Vereine zur Begleichung der der Polizei entstehenden Kosten ab. Und befinde mich in guter Tradition. Ist es heute der rötlich-grüne Senat, der den Vereinen die Kosten für den Einsatz von Polizeieinheiten wenigstens teilweise auferlegen möchte, war es im Frühjahr 2010 die schwarz-grüne Landesregierung, die ein ähnliches Unterfangen verfolgte, erfolglos, wie wir heute wissen. Damals schrieb Joachim Bischoff als sportpolitischer Sprecher der Linksfraktion: »Die immer wieder auftauchende Forderung, den Vereinen die Kosten für den Einsatz der Polizeieinheiten aufzuerlegen, halte ich für problematisch, würde dadurch das polizeiliche Gewaltmonopol zu einer Angelegenheit des Geldbeutels.«[1]

Zurzeit verfährt nur die bremische Landesregierung so und stellt dem SV Werder Bremen bisweilen eine Rechnung für einen Polizeieinsatz aus. Dagegen klagt allerdings die Deutsche Fußball Liga (DFL), das Spiel ist noch offen (NDR-Meldung vom 9.9.2024).

[1] BürgerInnenbrief, vom 7.4.2010, S. 9.

Als Praktikant bei der LINKEN?

Acht Wochen lang ist Jonas Lienau Praktikant in der Linksfraktion. Wir haben ihn gebeten, mal ein paar Notizen zu seinen Motiven und Erwartungen zu machen. Und dann schauen wir in einer der nächsten Ausgaben, was daraus geworden ist ...

Weiterkommen und Spaß haben

Von Jonas Lienau

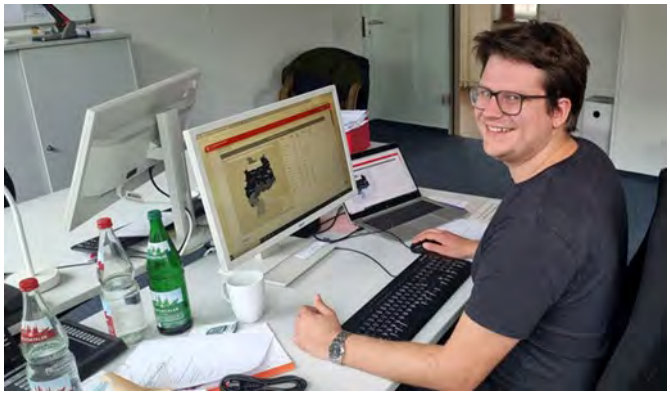
Im Zuge eines Politikwissenschaftsstudiums in Hamburg muss man ein Pflichtpraktikum über neun Wochen absolvieren. Als ich mich mit der Frage beschäftigte, welcher Praktikumsplatz am besten zu mir passt, habe ich intensiv darüber nachgedacht, was mir wichtig ist. Für mich sollte ein Praktikum nicht nur die Möglichkeit bieten, Einblicke in die Berufswelt zu gewinnen, sondern auch meinen Blickwinkel auf mein Studium erweitern. Darüber hinaus war es mir wichtig, dass mein Praktikum mir sinnvoll erscheint und Spaß macht. Als politischer Mensch schien es mir naheliegend, mein Praktikum auch in einem politischen Rahmen zu absolvieren. Dass die Entscheidung am Ende auf eine Partei fiel, lag vor allem an meinem Interesse an der parlamentarischen Arbeit, welches mich schon seit meiner Jugend begleitet. Eine bürgerliche Partei kam dabei aufgrund meiner eigenen politischen Überzeugungen weniger infrage.

Diese Überlegungen haben mich zur Entscheidung gebracht, mein Praktikum bei der LINKEN zu absolvieren. Ich erhoffe mir hier eine Mischung aus wertvollen Einblicken in politische Abläufe und die Möglichkeit, an einer gesellschaftlich bedeutenden Sache mitzuarbeiten. Dass dabei auch der Spaß nicht zu kurz kommt, ist für mich auch ein wichtiger Faktor, der sich zu bestätigen scheint. Natürlich habe ich mir im Vorfeld auch Gedanken darüber gemacht, was ich inhaltlich von diesem Praktikum erwarte und welche Themen mir besonders am Herzen liegen. Diese Erwartungen und Hoffnungen werde ich im Folgenden genauer darlegen.

Zunächst wäre meine persönliche Lebenssituation zu nennen. Als Student, der aus dem Umland nach Hamburg gezogen ist, war ich – wie viele andere auch – in der Situation eine Wohnung finden zu müssen, die auch noch bezahlbar sein sollte. Dies erwies sich als enorm schwierig. Auch wenn ich am Ende persönlich noch das Glück hatte, eine bezahlbare Wohnung zu finden, muss ich konstatieren, dass die soziale Lage der Studierenden in Hamburg zunehmend besorgniserregend ist. Die Mieten steigen immer weiter ins Unermessliche und die Wohnsituation für viele Studierende wird immer prekärer. Wenn teilweise schon für kleine Zimmer an die 700 Euro gezahlt werden müssen, dann ist das nicht mehr im Rahmen des Erträglichen. Während die Armut bei den Studierenden steigt, wachsen die Gewinne der Immobilienfirmen, die ihren Reichtum auf der Notlage von sozial benachteiligten Menschen aufbauen. Wenn man sich klar macht, dass diese soziale Schieflage dazu führt, dass immer mehr junge Menschen entweder zu Hause wohnen bleiben oder überhaupt kein Studium mehr antreten können, muss man zu dem Schluss kommen, dass mit diesem System etwas nicht stimmt.

Von meinem Praktikum erhoffe ich mir, einen tieferen Einblick in politische Entscheidungsprozesse zu gewinnen, um besser zu verstehen, warum bestimmte Probleme, wie beispielsweise die Wohnungsnot, solange ungelöst bleiben, obwohl sie für viele Menschen drängend und existenziell sind. Das ist einer der wichtigsten Gründe, warum ich mich für ein Praktikum direkt im politischen Betrieb entschieden habe. Ich hoffe zudem, dass ich Gelegenheit bekomme, mich aktiv in relevante Themen einzuarbeiten und meine eigenen Ideen einzubringen. Daraus ergibt sich für mich eine klare Erwartung an das Praktikum, sowohl an mich selbst als auch an DIE LINKE: Ich möchte, dass dieses Praktikum eine echte Lern- und Arbeitserfahrung ist und nicht zu einer reinen Formalität verkommt. Es ist mir wichtig, dass ich aktiv mitarbeiten kann und dadurch ein realistisches Bild von politischen Prozessen und der Arbeit in einer politischen Organisation erhalte. Besonders interessieren mich dabei sozialpolitische Themen, wie der genannte soziale Wohnungsbau, die ich im Rahmen des Praktikums vertiefen möchte.

Daran anknüpfend lässt sich noch eine andere Erwartung formulieren, die ich an die Zeit bei den LINKEN habe. Ich wünsche mir, überrascht zu werden. Inwiefern überrascht werden? Ich erhoffe mir Einblicke in Themen zu kriegen, über die ich noch nie etwas gehört habe bzw. zu denen ich kaum Bezugspunkte habe. Damit ist die Hoffnung verbunden sowohl meinen Horizont zu erweitern als auch Begeisterung für neue Themen zu entwickeln. Oder zu entdecken, welche Themen nichts für mich sind.



Jonas Lienau. Am Arbeitsplatz in der Fraktion (Foto: Michèl Pauly)

Die Frage nach der Relevanz ist auch für mein Studium wichtig. Die Ausdifferenzierung dessen, was für mich spannend ist und was weniger wird mir weiterhelfen auch in meiner universitären Ausbildung Schwerpunkte zu setzen. In einem vorwiegend theoretischen Studiengang wie Politikwissenschaft ist es für mich wichtig, auch praktische Erfahrungen zu sammeln. Ich erwarte, dass die Unterschiede zwischen der politischen Theorie, wie sie an der Universität vermittelt wird, und der tatsächlichen politischen Praxis deutlich spürbar sein werden. Es reizt mich besonders, einen praktischen Blick auf Politik zu bekommen. Ich bin gespannt auf meine eigene Auswertung, inwiefern eigene Theorien, die politische Praxis gut oder auch weniger gut erklären können. Ich halte es für ein grundsätzliches Defizit einiger Studiengänge, dass praktische Einblicke viel zu kurz kommen und man nach dem Studium einfach auf den Arbeitsmarkt geschmissen wird ohne wirkliche Einblicke in das Berufsfeld erlangt zu haben. Dass das nicht immer gut funktionieren kann, liegt meiner Einschätzung nach auf der Hand. Umso mehr freue ich mich, dass es für mich zumindest diese Möglichkeit des Praktikums gibt.

Verknüpfend dazu erhoffe ich mir eine berufliche Orientierung. Da ich mich noch in der Phase der beruflichen Findung befinde, ist es für mich wichtig, durch ein Praktikum eine Vorstellung davon zu bekommen, ob das Arbeiten in einem politischen Bereich vorstellbar für mich wäre. Das ist ja ohnehin eine der Kernaufgaben, die ein Praktikum erfüllen sollte. Hinterher sollte man klüger herausgehen und die Erfahrung gesammelt haben, ob dieses Feld vorstellbar für einen ist oder nicht. Beide Erkenntnisse erscheinen mir gleich viel wert zu sein. Die Erfahrungen, die ich während dieser Zeit sammeln werde, sollen mir dabei helfen, eine fundierte Entscheidung für meine berufliche Zukunft zu treffen.

Zusammengefasst erwarte ich von meinem Praktikum bei der LINKEN nicht nur einen Einblick in politische Prozesse und sozialpolitische Fragestellungen, sondern auch eine persönliche und fachliche Weiterentwicklung, die mich sowohl in meinem Studium als auch in meiner späteren Berufswahl weiterbringt. Und natürlich vor allem eine Menge Spaß :)

Heike Sudmann (Tel. 040/428 312 250 | heike.sudmann@linksfraktion-hamburg.de) | Sabine Boeddinghaus (040/303 948 74 | sabine.boeddinghaus@linksfraktion-hamburg.de) | Mitglieder der Hamburgischen Bürgerschaft | Rathausmarkt 1 | 20095 Hamburg

Vom Turmbau zu Hamburg

Von der Performance-Gruppe MEYER&KOWSKI

Das Hamburger Performance-Duo MEYER&KOWSKI, bestehend aus den Künstlerinnen Susanne Reifenrath und Marc von Henning, erforschte seit 2008 in verschiedenen künstlerischen Kontexten die Beziehung zwischen inszenierter Handlung und der Rolle des Publikums. Dabei hinterfragten sie oft die klassische Theatertradition, indem sie ihre Performances an ungewöhnlichen Orten präsentierten. Ihre Arbeiten lösten die Grenzen zwischen Künstlerin und Publikum auf und machten Kunst zu einem interaktiven Erlebnis.

Im Juli 2024 präsentierten Meyer&Kowski ihre jüngste Arbeit, DER TURMBAU ZU HAMBURG, auf dem Platz der Deutschen Einheit, in der Hafencity, direkt neben der Elbphilharmonie. Diese zentrale Lage wählten sie bewusst, um das Spannungsfeld zwischen alter und neuer Architektur zu betonen, und die Nähe zu städtischen Großprojekten wie dem Elbtower machte diesen Ort besonders symbolträchtig. Auf einer frei stehenden Bühne errichteten sie eine 6 mal 9 Meter große Leinwand, auf der ein kollektives »Malen nach Zahlen«-Bild entstand – eine Replik von Pieter Bruegels berühmtem Gemälde DER TURMBAU ZU BABEL (1563). Doch anstatt das Werk allein zu vollenden, luden Meyer&Kowski die Bürger*innen Hamburgs dazu ein, selbst Teil des Schaffensprozesses zu werden.

Susanne Reifenrath und Marc von Henning (alle Fotos: Meyer&Kowski)

Unabhängig von Alter, Herkunft oder künstlerischer Erfahrung war jede*r eingeladen, einen Pinsel in die Hand zu nehmen und auf die Leinwand zu malen. So entstand ein Gemeinschaftskunstwerk, das den Zusammenhalt und die Diversität der Stadt symbolisierte. Selbst Menschen mit körperlichen Einschränkungen konnten dank spezieller Hubpodeste und gesicherter Fahrkörbe teilnehmen. Die inklusive Ausrichtung des Projekts verdeutlichte, dass Kunst für alle zugänglich sein sollte, ein Anliegen, das Meyer&Kowski konsequent verfolgten.

Die Wahl des Themas war dabei kein Zufall. Der Turmbau zu Babel ist ein ikonisches Motiv, das sich auf eine biblische Geschichte bezieht, in der die Menschheit einen Turm bauen will, der bis in den Himmel reicht. Doch der Bau scheitert, als Gott die Sprachen der Menschen verwirrt, was zur Verteilung der Menschheit über die ganze Erde führt. Seitdem steht der unvollendete Turm symbolisch für menschliche Hybris und das Streben nach Größe, das oft in Scheitern endet.

Auch in Hamburg gibt es ein modernes Pendant zu diesem Turm: den Elbtower. Dieses ambitionierte Bauprojekt, das mit 255 Metern Höhe die Hamburger Skyline dominieren soll, ist ein Symbol für das Streben nach Größe und wirtschaftlichem Erfolg. Wie der biblische Turm ist auch der Elbtower bisher nicht fertiggestellt, und viele Bürger*innen sehen in ihm eher ein Projekt der Investoren*innen und Stadtplaner*innen als eines, das den Bedürfnissen der Menschen dient. Braucht Hamburg wirklich ein solches Prestigeprojekt? Oder sollte die Stadt vielmehr ein Ort der Begegnung und des Miteinanders sein? Diese Fragen stellten Meyer&Kowski in den Mittelpunkt ihrer Arbeit DER TURMBAU ZU HAMBURG.

Begleitet wurde die Aktion von einem umfangreichen Rahmenprogramm, das den Platz der Deutschen Einheit zwei Tage lang in ein Zentrum für kulturellen und politischen Austausch verwandelte. Vertreter*innen aus Kunst, Politik, Religion und Stadtplanung diskutierten über die Herausforderungen städtischer Großprojekte. Sie berichteten von ihrer Arbeit in Initiativen, die sich mit der Gestaltung des öffentlichen Raums beschäftigen, und reflektierten über die Frage, wie eine nachhaltige und lebenswerte Stadt aussehen könnte.

Parallel dazu schufen musikalische Darbietungen eine inspirierende Atmosphäre. Studierende der Musikhochschule Hamburg spielten Barockmusik und schlugen so eine Brücke zwischen der Zeit Bruegels und der Gegenwart. Am Abend verwandelte sich der Platz in einen lebhaften Treffpunkt: DJs legten auf, und die Besucher*innen tanzten zu Live-Musik. Auch für Kinder gab es kreative Workshops, in denen sie ihre eigenen Kunstwerke erschaffen konnten. Diese Aktivitäten rundeten das vielfältige Programm ab und schufen eine inklusive und offene Atmosphäre für alle.

Die Frage nach dem Sinn und Zweck solcher monumentalen Bauprojekte wie dem Elbtower zog sich durch die gesamte Performance. Meyer&Kowski stellten nicht nur die

architektonische Bedeutung des Turms infrage, sondern auch seine symbolische Rolle für Hamburg. Der Elbtower steht für das Streben nach Größe und wirtschaftlichem Erfolg – doch diese Ambitionen könnten den Blick für die Bedürfnisse der Menschen, die in der Stadt leben, verstellen. In der ewigen Unfertigkeit des Turms sahen Meyer&Kowski eine Parallele zur menschlichen Existenz: Egal, wie sehr wir streben, wir werden nie alles erreichen, was wir uns vornehmen. Der unfertige Turm wurde so zu einem Sinnbild für die Unvollkommenheit menschlicher Bestrebungen und den endlosen Kreislauf von Schaffen und Scheitern.

Mit DER TURMBAU ZU HAMBURG gelang es Meyer&Kowski, die Hamburgerinnen für zwei Tage auf spielerische und zugleich tiefgründige Weise mit den großen Fragen ihrer Stadtentwicklung zu konfrontieren. Ihre Performance war mehr als ein Kunstprojekt – sie war eine Einladung zur Reflexion über die Rolle des Einzelnen in der Gesellschaft, über das Verhältnis von Macht und Verantwortung und über die Zukunft der Stadt Hamburg. Die Bürgerinnen waren nicht nur Zuschauerinnen, sondern aktive Mitgestalterinnen eines Kunstwerks, das die Herausforderungen und Chancen einer sich ständig wandelnden Stadt reflektierte.

Neuaufbruch bei der LINKEN?!

Inmitten der Krise der LINKEN und katastrophalen Ergebnissen bei der Europawahl und den Landtagswahlen in Thüringen und Sachsen gibt es einen personellen Lichtblick. Ihre mittlerweile gemeinsame Kandidatur für den Parteivorsitz angekündigt haben Ines Schwerdtner – sie referierte zuletzt in Hamburg beim LINKE-Empfang zum 1. Mai im Gewerkschaftshaus am Besenbinderhof – und Jan van Aken, vielen noch als ehemaliger Bundestagsabgeordneter aus Hamburg und (Ab-)Rüstungsexperte in guter Erinnerung. Am 9. September haben sie, gut fünf Wochen vor dem Wahlparteitag, ihre Vorstellungen einer erneuerten LINKEN vorgelegt. Wir dokumentieren hier den vollständigen Text. Wir danken für die Abdruckgenehmigung. Die Erstveröffentlichung erfolgte im »Neuen Deutschland, online« vom 10. September. Wer sich übrigens für die innerparteiliche Debatte um die »Krise der LINKEN« interessiert, wird hier fündig,

Heike Sudmann (Tel. 040/428 312 250 | heike.sudmann@linksfraktion-hamburg.de) | Sabine Boeddinghaus (040/303 948 74 | sabine.boeddinghaus@linksfraktion-hamburg.de) | Mitglieder der Hamburgischen Bürgerschaft | Rathausmarkt 1 | 20095 Hamburg

Für eine Politik der Gerechtigkeit und der Solidarität

Von Ines Schwerdtner und Jan van Aken

Im Grundsatzprogramm der Partei DIE LINKE heißt es: »Die strategische Kernaufgabe der Linken besteht darin, zu einer Veränderung der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse beizutragen, um eine solidarische Umgestaltung der Gesellschaft und eine linke demokratische, soziale, ökologische und friedliche Politik durchzusetzen.«

Das gilt heute mehr denn je: Im Land wird eine zutiefst unsoziale Politik betrieben, die Klimakrise wird nicht ausreichend bekämpft und wir erleben eine Militarisierung der Gesellschaft.

Wir haben uns das Ziel gesetzt, dieses Land zu verbessern, gemeinsam mit allen, die sich engagieren in Gewerkschaften, Vereinen, Initiativen, Verbänden oder Bewegungen, im Betrieb oder im Stadtteil. Wir wollen Kraft und Hoffnung sein für all diejenigen, die in unserer Gesellschaft ausgestoßen werden, die den Laden am Laufen halten und trotzdem am Monatsende nicht genug übrig haben, die sich vor der Zukunft fürchten oder sich eine bessere Welt wünschen.

DIE LINKE wird gebraucht als Partei, die sich als einzige bedingungslos für die Menschen einsetzt. Als Partei der sozialen Gerechtigkeit, als Partei des Völkerrechts und des Friedens, als Partei des Antifaschismus, des Feminismus, der Klimagerechtigkeit und als Partei der internationalen Solidarität.

DIE LINKE wird gebraucht als Partei, die sich vor Ort ganz konkret um die Alltagssorgen der Menschen kümmert, die gemeinsam mit ihnen für Verbesserungen kämpft und sich auch für radikale Reformen einsetzt, die einen Einstieg in den Ausstieg aus dem Kapitalismus ermöglichen. Das ist, was eine sozialistische Partei ausmacht. Zwei Ziele sollten im Zentrum aller Überlegungen für DIE LINKE stehen:

1. Kurzfristig wollen wir bei der Bundestagswahl 2025 wieder in den Bundestag einziehen.
2. Gleichzeitig wollen wir die Partei so stärken, dass sie wieder gesellschaftliche Debatten zu den zentralen Zukunftsfragen entscheidend prägen kann, eine soziale Macht wird, die fest verankert und anerkannt ist bei all jenen, die mit uns für eine bessere Welt und gegen die rechte Bedrohung kämpfen wollen.

Beides ist nicht nur möglich, sondern auch sehr realistisch. Grundbedingung ist allerdings, dass die Partei wieder als Kollektiv und Einheit funktioniert. Wenn wir Solidarität auch untereinander leben, können wir die starke linke Kraft werden, die es so dringend braucht in diesem Land. Als Team, nicht als Ensemble von Solist*innen. Wie schön wäre doch eine neue revolutionäre Freundlichkeit in den Debatten, nach innen wie nach außen! Erst wenn wir selbst einen solidarischen Umgang pflegen, können wir die Gesellschaft von einer anderen, besseren Welt überzeugen.

Wir müssen feststellen, dass wir unserem Anspruch nicht gerecht geworden sind. In den großen Krisen und Widersprüchen der letzten Jahre war DIE LINKE nicht klar genug. In einer Zeit, in der Menschen sich Orientierung in Fragen von Krieg, Inflation, ökologischem Umbau und Migration wünschen, waren wir zu zaghaft. Wir haben uns zerreißen lassen von den Widersprüchen. In den letzten Monaten mussten wir erfahren, was es bedeutet, wenn das Haus brennt. Ein brennendes Haus lädt aber nicht zum Einzug ein. Jetzt geht es darum, den Brand zu löschen und einen Plan für die Sanierung zu erstellen.

Ines Schwerdtner (Foto: Olaf Krostitz, https://inesschwerdtner.de/kontakt/)

Die Menschen zur Bundestagswahl wieder für uns gewinnen.

Es ist ja richtig, dass sich ein kaputtes Image nicht in wenigen Monaten wieder reparieren lässt. Aber vier strategische Orientierungen bieten zumindest die Chance, die Partei wieder sichtbarer und attraktiver werden zu lassen:

Mehr Hoffnung wagen.

1. Wir bieten visionäre Ideen und Lösungen an, die das Herz erwärmen, die realistisch und anschlussfähig sind und doch einen Schritt weitergehen. Die eine **grundlegende solidarische, sozialistische Grundidee** in sich tragen. Während andere Kapital aus der Angst schlagen, wollen wir Mut machen und konkrete Lösungen

anbieten. Wir zeigen Wege in die Hoffnung auf, in eine Welt, in der der Kapitalismus nicht das Ende der Geschichte ist. Das sind keine Parolen, sondern **ganz konkrete Visionen zur Umverteilung und für einen starken Sozialstaat** – und darüber hinaus. Das gilt für den Bereich des Wohnens wie für die Pflege, die Rente und die Bildung. Wir sind die Partei der Würde und der sozialen Absicherung in Zeiten von Kürzungshaushalt und Angriffen auf den Sozialstaat. Wir setzen uns im Bundestagswahlkampf dafür ein, die Schuldenbremse abzuschaffen, darüber hinaus für eine starke Rolle des Staates in der Wirtschafts- und Strukturpolitik.

2. **Klarheit schaffen. Die soziale Frage ist und bleibt unser Kern.**
Die anderen großen Fragen unserer Zeit sind ohne Frage Frieden, Demokratie und Klimagerechtigkeit. Ausgerechnet diese Themen haben uns in den letzten Jahren zerrissen. Der Kampf für den **Frieden** liegt in unserer DNA. Als Partei treten wir bedingungslos für das Völkerrecht und den Schutz derjenigen ein, die unter den Kriegen dieser Welt leiden. Für uns gibt es keine doppelten Standards, wir verurteilen US-amerikanische oder türkische Angriffskriege genauso wie den russischen in der Ukraine. Keine Menschenrechtsverletzung darf jemals eine andere rechtfertigen, ob nun in Israel, Gaza oder anderswo. Unser Pazifismus heißt Primat des Zivilen: Diplomatische und andere nicht-militärischen Mittel nutzen, um Kriege zu beenden und Konflikte zu deeskalieren. Worte statt Waffen! In der neuen Blockkonfrontation setzen auf eine strategische Autonomie der Europäischen Union. Und es darf keine weitere Aufrüstung und innere Zeitenwende der Gesellschaft geben, wir werden das Thema Abrüstung wieder auf die Tagesordnung setzen.
Ebenso braucht es Klarheit in der Frage der **Migration**. Wir stehen für ein humanes Asylrecht für jeden und jede Einzelne ebenso wie für einen menschlichen Umgang bei der Einwanderung und mit all jenen, die bereits hier sind und immer stärker unter dem Rechtsruck und der Fremdenfeindlichkeit leiden. Das bedeutet auch, ein realistisches, humanes Einwanderungskonzept zu erarbeiten und dem rechten Kulturkampf die Stirn bieten zu können. Die Mutter aller Probleme ist die neoliberale Austrocknung unseres Sozialstaates und der Kommunen und die zutiefst ungerechte Verteilung von Reichtum in diesem Land. Wir stehen für die Bekämpfung von Fluchtursachen genauso wie für eine bessere Ausstattung der Kommunen und eine humane Versorgung aller hier lebenden Menschen. An diesen Grundsätzen festzuhalten, schließt nicht aus, die Angst vor dem Kontrollverlust in der Bevölkerung ernst zu nehmen. Deshalb streiten wir für eine bessere Wohnungsversorgung, gute Jobs und mehr Bildungsangebote für alle.
Der Kampf gegen rechts ist ein Kampf für Solidarität und Demokratie. Bei allen Mobilisierungen gegen Naziaufmärsche wird DIE LINKE eine wichtige Rolle spielen. Sie wird den Spagat aushalten, auf der einen Seite die Ampelregierung dafür zu kritisieren, dass sie mit ihrer neoliberalen Politik den Boden für die Rechte bereitet haben, und auf der anderen Seite mit allen demokratischen Kräften an den Verbesserungen der sozialen Verhältnisse arbeiten, wo dies möglich ist. Wir werden die **Demokratie verteidigen** gegen alle Versuche, sie abzuschaffen oder auszuhöhlen. Gemeinsam mit allen demokratischen Kräften wollen wir uns gegen die massiven Angriffe auf demokratische Errungenschaften in Deutschland und Europa stellen.
Und wir sind eine **ökosozialistische Partei.** Der Kampf gegen die Klimakatastrophe ist die große Menschheitsfrage unserer Zeit – für sie gilt es, sozial gerechte Antworten zu finden. Beim ökologischen Umbau der Wirtschaft müssen die Interessen der Belegschaften und lohnabhängigen Menschen im Mittelpunkt stehen. Es geht um eine **nachhaltige Wirtschaft in den Händen derjenigen, die produzieren**. Die Energieversorgung gehört in die öffentliche Hand und unter demokratische Kontrolle; wir streiten für massive Investitionen in Bahn und Wohnungsbau, in den Kernbereichen der Transformation sind die Beschäftigten und die Gewerkschaften die Expertinnen und Experten für uns. Mit ihnen gemeinsam erarbeiten wir Modelle wirtschaftlicher Kontrolle und nachhaltiger Produktion.
Diese Themen leben wir, sie sind für uns in jeder Entscheidung Grundlage und Orientierung und Eckpfeiler jeder Kommunikation – auch wenn sie nicht im Fokus unserer Kern-Kampagnen stehen.

3. **Fokus, Fokus, Fokus.**
Um wieder ein erkennbares Profil entwickeln zu können, braucht es eine Fokussierung auf wenige Kernforderungen, die wir unablässig betonen, wie wir es zur Gründung der Partei bereits getan haben. Dieser Fokus wird auf einer der drängenden Fragen unserer Zeit liegen. Dazu werden wir eine oder maximal zwei sehr konkrete Kampagnen zur sozialen Frage entwickeln, die die Regierungspolitik vor sich hertreiben und der Linken einen Gebrauchswert und eine Praxis geben. Diese Fokuskampagnen helfen uns, wieder öffentlich sichtbar zu werden und Räume zu schaffen, in denen wir dann die ganze Geschichte erzählen und unsere Ideen in die Breite der Gesellschaft tragen können. Eine der drängendsten Fragen unserer Zeit ist die Wohnungsfrage. Wir beantworten sie ganz konkret mit einem bundesweiten Mietendeckel, der sofort den Druck für Millionen Mieterinnen und Mieter nehmen würde. Wir verbinden diese Forderung aber auch mit der Vision, dass kein Quadratmillimeter Grund und Boden in Deutschland mehr privatisiert wird. Kommunen, Bund und Länder verpachten Grundstücke nur noch an gemeinnützige Unternehmen, damit nie wieder jemand sich von unserer Miete einen Porsche kaufen kann. Das Ziel ist eine massive Ausdehnung der sozialen Infrastruktur mit einem wachsenden öffentlichen oder genossenschaftlichen Sektor, der nicht der Profitmaximierung, sondern dem besseren Leben der Mehrheit verpflichtet ist.

4 **Unser Platz im Parteienspektrum** ist nicht bloß das Korrektiv anderer Parteien zu sein. Unsere Politik zielt auf die Verbesserung für die breite Mehrheit. Menschen, für die der Kapitalismus nicht das Ende der Geschichte ist und die eine tiefsitzende Sehnsucht nach einer solidarischen Welt haben, gibt es in allen Milieus der Lohnabhängigen, ob in Stadt oder auf dem Land. Wir werden sie alle brauchen, wenn wir als Partei eine Daseinsberechtigung haben wollen. Dennoch braucht es strategische Klarheit darüber, wie wir die Breite der Klasse ansprechen wollen, ohne beliebig zu werden. Sozialistische Klassenpolitik bedeutet, die Lage, die Sichtweisen, den Stolz auf die eigene Leistung, die Ansprüche auf Selbst- und Mitbestimmung der lohnarbeitenden Klassen in ihrer ganzen alltäglichen Widersprüchlichkeit zum Ausgangspunkt zu nehmen. Wir wollen Kämpfe gegen die Besitzenden führen und für Reformen Mehrheiten gewinnen, die Alternativen zur Profitwirtschaft ermöglichen. In der Vergangenheit war DIE LINKE immer dann stark, wenn sie diejenigen ganz unten in der Gesellschaft mit denen verbunden hat, die sich um ihre Zukunft sorgen und sich nach einer besseren und solidarischen Welt sehnen. Verbinden wir wieder diese Menschen, die tagtäglich im kapitalistischen Wettbewerb voneinander getrennt werden! Wir wollen eine linke Volkspartei sein.

Jan van Aken (Foto: Maximilian Gödecke, https://info.rosalux.de/image/press/ygfsoq4swn)

Langfristige strategische Orientierung & Parteiaufbau

Ein gutes Ergebnis bei der Bundestagswahl sichert unsere Existenz, doch wir richten unseren Neuanfang nicht nur an kurzfristigen Wahlerfolgen, sondern auch an einer langfristigen strategischen Perspektive aus, die DIE LINKE wieder in der Gesellschaft verankert und von da aus wieder zu einer politischen Kraft werden lässt, die etwas zum Besseren verändern kann. DIE LINKE muss sich in die Lage versetzen, gesellschaftliche Debatten entscheidend prägen zu können und ein wichtiger Kristallisationspunkt für progressive gesellschaftliche Mobilisierungen zu werden.

Die folgenden Eckpunkte einer strategischen Orientierung werden dabei eine wichtige Rolle spielen:

- **Programmprozess**: Eine sozialistische Partei muss auf der Höhe der Zeit agieren. Deshalb brauchen wir in den kommenden Jahren einen Programmprozess zu allen zentralen Fragen unserer Zeit, der uns eine neue analytische Klarheit verschafft und wieder in diese Lage versetzt, sprechfähig zu sein. Dabei geht es nicht darum, das ganze Programm über Bord zu werfen, sondern an einigen Punkten zu konkretisieren und im Heute zu verankern.
- **Eine organisierende Partei**: DIE LINKE ist eine aktive Mitgliederpartei, in der wir mit den Menschen für die Menschen kämpfen. Wir organisieren Gegenmacht und wir stellen Ressourcen und Strukturen für diejenigen bereit, die sich am Arbeitsplatz oder in ihrem Wohnort gegen Ungerechtigkeiten oder Sauereien wehren.
- **Eine Partei, die praktisch gebraucht wird**: DIE LINKE war immer dann stark, wenn sie im Leben der Menschen einen Unterschied machen konnte. Wir knüpfen an diese Tradition an und machen individuelle Unterstützung im Alltag und bei Rechtsfragen wieder zum Zentrum unserer täglichen Arbeit. Wir betreiben Nachbarschaftsarbeit, unsere Büros sind soziale Anlaufpunkte, wir wollen Feste feiern, Fußballturniere oder ein kostenloses Frühstück organisieren und bleiben dauerhaft durch Infostände und Haustürgespräche mit den Menschen in Kontakt. Viele von uns tun das bereits; lasst uns diese Erfahrungen nutzen und verallgemeinern.
- **Herzstück Kreisverband**: Der Parteiaufbau wird sich nicht auf einzelne Bundesländer oder Regionen konzentrieren, sondern auf alle Orte, in denen es aktive Strukturen gibt. Es gilt, kommunalpolitische Bastionen in Ost und West zu halten und diejenigen mit Potenzial bestmöglich bei ihrer Arbeit zu unterstützen. Diejenigen, die in den Kommunen für DIE LINKE aktiv sind, sind das Rückgrat unserer Partei. Stärken wir sie als Bundespartei, stärkt es uns alle.
- Wir werden unsere Erfahrungen in der Landes- und Kommunalpolitik stärker aufnehmen und gemeinsam weiterentwickeln.
- Politische (Aus-)Bildung: Die Erfahrungen unserer Genossinnen und Genossen sind unser größter Schatz. Wir haben vernachlässigt, ihn zu heben und an folgende Generationen weiterzugeben. Für die kommenden Jahre wird es zentral sein, die Fähigkeiten und das Wissen unserer Mitglieder weiterzuentwickeln und auf ein höheres Niveau zu heben. Dafür brauchen wir Bildungsprogramme

Bei der Linken brennt es nicht nur zu Showzwecken – laut Ines Schwerdtner und Jan van Aken steht das ganze Haus in Flammen (Foto: Links bewegt)

und Patenschaften zwischen Neuen und Erfahrenen. Eine Partei hat nur eine Zukunft, wenn sie ihre Vergangenheit kennt.

- Bündnisse mit Gewerkschaften, progressiven Kräften, Initiativen und Organisationen auf allen Ebenen. Unser Ziel muss sein, auch als Partei zentral in Bündnissen wahr- und ernstgenommen zu werden, im Bemühen, eine gemeinsame, weltverändernde Perspektive zu erarbeiten.
- Eine andere Partei: DIE LINKE steht für Glaubwürdigkeit. Wir sind hier, um mit Herzblut etwas in der Welt zu verändern und nicht, um Karriere zu machen. Da müssen wir noch viel deutlicher werden. Wir setzen uns im Bundestag deshalb für eine Mandatszeitbegrenzung von maximal drei Perioden ein. Alle Mitglieder des Bundestages werden mindestens die Hälfte ihrer Diät für einen Sozialfonds spenden. Das Mandat verpflichtet, sich am Parteiaufbau zu beteiligen und in den Dienst der Partei zu stellen.

Mit diesen Schritten, so glauben wir, kann es uns gelingen, eine stolze und starke sozialistische Kraft zu sein. Alles, was diese Partei ausmacht und was sie einmal stark machte, steckt noch in ihr. Vor allem in ihren eigenen Mitgliedern. Unser Haus wieder aufzubauen, das meint in erster Linie aber nicht nur unsere Partei. Unser Haus, das ist die Welt, in der wir leben wollen. Die Welt zur Heimat machen, so nennt es Ernst Bloch im »Prinzip Hoffnung«. Wir folgen diesem Prinzip, nicht aus Naivität, sondern aus der Überzeugung heraus, dass eine andere Welt möglich ist, wenn wir wieder gemeinsam dafür streiten.

Anmerkung: Dieser Text ist ein erster Versuch, unsere strategischen und inhaltlichen Linien für DIE LINKE zu skizzieren. Wir würden uns sehr über Rückmeldungen, schonungslose Kritik, konstruktive Formulierungsvorschläge und großes Lob freuen – verbinden dieses aber mit der Bitte, es direkt an uns persönlich zu schicken. Wir wollen eine ebenso freundliche wie lebhafte Auseinandersetzung um die Ausrichtung unserer Partei, aber innerhalb der Partei und nicht als öffentlichen Streit. Kollektiv, mit einer Stimme und revolutionärer Freundlichkeit!

*Wen die beiden Kandidat*innen für den Parteivorsitz interessieren, könnte sich auf diesen Websites ein Bild machen, guckst Du hier:*

- *Ines Schwerdtner:* https://inesschwerdtner.de
  https://de.wikipedia.org/wiki/Ines_Schwerdtner
- *Jan van Aken:* https://de.wikipedia.org/wiki/Jan_van_Aken

Heike Sudmann (Tel. 040/428 312 250 | heike.sudmann@linksfraktion-hamburg.de) | Sabine Boeddinghaus (040/303 948 74 | sabine.boeddinghaus@linksfraktion-hamburg.de) | Mitglieder der Hamburgischen Bürgerschaft | Rathausmarkt 1 | 20095 Hamburg

Kulturtipp »Sold City«

Die Linksfraktion lädt ein zu zwei Filmvorführungen

Wir haben das große Glück, »Sold City« – die neue, zweiteilige Dokumentation von Leslie Franke und Herdolor Lorenz – zeigen zu können. Und zwar am 1. sowie am 15. Oktober, jeweils um 18.00 Uhr im Neubau am Adolphsplatz 6 (»hinterm« Rathaus, gegenüber dem Altbau der Handelskammer).

Das Regieteam von Kern-TV hat sich in den letzten Jahren einen Namen gemacht mit solchen privatisierungskritischen Streifen wie »Wasser unterm Hammer« (2005) »Bahn unterm Hammer« (2007), »Water Makes Money« (2011) und »Der marktgerechte Mensch« (2020). Und nun geht es also um das Thema, »Wenn Wohnen zur Ware wird«. Der Zweiteiler ist das Ergebnis mehrjähriger Recherchen in verschiedenen Ländern und hat die beiden Dokumentarfilmer*innen natürlich vor allem nach Berlin und Hamburg geführt. »Sold City beleuchtet die Vernichtung von bezahlbarem Wohnraum in Europa und insbesondere in Deutschland«, heißt es in der Eigendarstellung des per Fundraising finanzierten Projekts. »Der Film präsentiert tiefe Einblicke in die neoliberale Politik, die seit der Jahrtausendwende dazu geführt hat, dass Wohnraum eine lukrative Geldanlage statt einem Menschenrecht geworden ist. Es zeigt, wie internationales Kapital zunehmend den Wohnungsmarkt bestimmt und wie der gut etablierte deutschen Mieterschutz zugunsten des Kapitals aufgeweicht wurde. Sold City ist ein kraftvolles Plädoyer für den Widerstand gegen diese Entwicklung und stellt Alternativen zur gegenwärtigen Situation vor.«

An den beiden Dienstagabenden zeigen wir die beiden Teile, die jeweils 102 Minuten lang sind. Im Abschluss daran sprechen Leslie Franke, Herdolor Lorenz und Heike Sudmann über die Entstehung der aufwendigen Dokumentation und nicht zuletzt über die Erfahrungen in Hamburg, wo beide Filmer*innen auch leben. Der Eintritt ist frei, die Zahl der Plätze begrenzt. ♦

Herdolor Lorenz und Leslie Franke in jüngeren Jahren (www.kernfilm.de/index.php/de)

... und bei der Uraufführung von »Sold City« am 2. Juni 2024 im »Metropolis« (Foto: M. Joho)

Mit diesem Bürger*innenbrief informieren wir regelmäßig über das Parlamentsgeschehen sowie die politischen Auseinandersetzungen in der Stadt, den Bezirken und zu unseren Arbeitsgebieten. Wenn Sie diesen Bürger *innenbrief per E-Mail beziehen oder nicht mehr erhalten möchten, schreiben Sie an: heike.sudmann@linksfraktion-hamburg.de. Und: Sprechen Sie uns an, wenn Sie unsere Arbeit als Abgeordnete in der Hamburgischen Bürgerschaft durch Kritik und nützliche Informationen begleiten wollen. Kontakt: Heike Sudmann, Abgeordnetenbüro Burchardstraße 21, 20095 Hamburg; Sabine Boeddinghaus, Abgeordnetenbüro Wallgraben 24, 21073 Hamburg

Heike Sudmann (Tel. 040/428 312 250 | heike.sudmann@linksfraktion-hamburg.de) | Sabine Boeddinghaus (040/303 948 74 | sabine.boeddinghaus@linksfraktion-hamburg.de) | Mitglieder der Hamburgischen Bürgerschaft | Rathausmarkt 1 | 20095 Hamburg